



## Wortprotokoll der 20. Sitzung

### Ausschuss für Kultur und Medien

Berlin, den 28. November 2022, 11:00 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.300

Vorsitz: Katrin Budde, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### Tagesordnungspunkt 1

Seite 3

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Realisierungsvorschlag zur Errichtung eines  
Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und  
deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“**

**BT-Drucksache 20/1845**

**Federführend:**

Ausschuss für Kultur und Medien

**Mitberatend:**

Ausschuss für Inneres und Heimat  
Rechtsausschuss

**Berichterstatter/in:**

Abg. Marianne Schieder [SPD]  
Abg. Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]  
Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]  
Abg. Thomas Hacker [FDP]  
Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]  
Abg. Jan Korte [DIE LINKE.]

**Mitglieder des Ausschusses**

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Budde, Katrin Koß, Simona Lindh, Helge Schieder, Marianne Schneider, Daniel Weingarten, Dr. Joe	Kühnert, Kevin Müntefering, Michelle Philippi, Dr. Andreas Rohde, Dennis Wegge, Carmen Wiese, Dirk
CDU/CSU	Frieser, Michael Mörseburg, Maximilian Schenderlein, Dr. Christiane Wanderwitz, Marco Widmann-Mauz, Annette	Bär, Dorothee Connemann, Gitta Heveling, Ansgar Klößner, Julia Krings, Dr. Günter
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Amtsberg, Luise Grundl, Erhard Tesfaiesus, Awet	Fester, Emilia Sacher, Michael Schönberger, Marlene
FDP	Glogowski-Merten, Anikó Hacker, Thomas	Fricke, Otto Tippelt, Nico
AfD	Jongen, Dr. Marc Renner, Martin Erwin	Frömming, Dr. Götz Storch, Beatrix von
DIE LINKE.	Korte, Jan	Sitte, Dr. Petra



## Tagesordnungspunkt 1

Unterrichtung durch die Bundesregierung

### **Realisierungsvorschlag zur Errichtung eines Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“**

**BT-Drucksache 20/1845**

Liste der Sachverständigen:

**Prof. Dr. Martin Aust**

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

**Dr. Michael Borchard**

Konrad-Adenauer-Stiftung

**Prof. Dr. Raphael Gross**

Stiftung Deutsches Historisches Museum

**Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt**

Touro University, Campus Berlin

**Dr. Stefan Scheil**

Historiker und Publizist

**PD Dr. Winfried Süß**

Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung  
Potsdam

**Prof. Dr. Tatjana Tönsmeier**

Bergische Universität Wuppertal

**Vorsitzende:** Herzlich willkommen zur 20. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien von 11 bis 13 Uhr. Die Sitzung ist öffentlich und damit auch eröffnet. Der einzige Tagesordnungspunkt ist die öffentliche Anhörung zur Unterrichtung durch die Bundesregierung über den Realisierungsvorschlag zur Errichtung eines Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“.

Die Anhörung ist öffentlich. Das heißt, sie wird live im Netz übertragen und bleibt dauerhaft in der Mediathek. Es wird auch ein Wortprotokoll angefertigt, das ebenfalls veröffentlicht wird und später auf den Internetseiten einsehbar ist.

Vorab noch ein kleiner Hinweis an das Publikum. Ab und zu geht es bei uns im Kulturbereich um aufgeladene Themen, auch bei Stellungnahmen. Ich würde das Publikum bitten, auf Beifall und lautstark ausgedrücktes Missfallen zu verzichten. Ton- und Bildaufzeichnungen sind nur den akkreditierten Journalistinnen und Journalisten gestattet. Also bitte keine Privataufnahmen machen!

Die Sitzung wird im hybriden Format veranstaltet. Das heißt, die meisten Abgeordneten und Sachverständigen sind hier im Saal, aber zwei der Sachverständigen und ein Mitglied des Ausschusses sind uns zugeschaltet. Das haben wir eben schon getestet, sie sind gut hörbar und sie hören uns.

Wir haben außerdem die Mitglieder der mitberatenden Ausschüsse, Innenausschuss und Rechtsausschuss, eingeladen und den Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Dieser Ausschuss hatte im Vorfeld Interesse bekundet. Das ist absolut verständlich. Es ist ein gemeinsames Thema, insofern hat auch dieser Ausschuss die Einladung bekommen.

Ich erkläre nachher noch einmal, was das Block-Gesprächsformat im Ausschuss bedeutet. Ich würde darum bitten, dass die Obleute oder Berichterstatter in den Fraktionen organisieren, wer wie lange redet. Die Zeit-Kontingente müssen von einer Person, die hier anwesend ist, beobachtet werden. Ich bitte Sie, dass Sie mir Entsprechendes signalisieren, sodass ich nicht immer nachfragen muss. Das wäre sehr schön.

Zu den Sachverständigen: Die meisten haben schriftliche Stellungnahmen erarbeitet, vielen Dank dafür. Auch die Stellungnahmen werden veröffentlicht. Die Sachverständigen sind von einzelnen Fraktionen nach einem Schlüssel benannt worden. Die größeren Fraktionen hatten die Möglichkeit, zwei Sachverständige zu benennen, die kleineren einen Sachverständigen. Zwei sind online zugeschaltet. Ein herzliches Willkommen an Sie als Sachverständige.

Wir halten es so, dass wir Sie in alphabetischer Reihenfolge aufrufen.



Ich sage, herzlich willkommen Herr Prof. Dr. Aust, Herr Dr. Borchard, Herr Prof. Dr. Gross, Herr Prof. Dr. Lehnstaedt, Herr Dr. Scheil, Herr Dr. Süß und Frau Prof. Dr. Tönsmeier. Schön, dass Sie da sind und uns zur Verfügung stehen. Die Bundesregierung wird durch Frau Staatsministerin Claudia Roth vertreten, herzlich willkommen. Sie wird von Frau Dr. Bopf, der zuständigen Referatsleiterin bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), begleitet. Schön, dass Sie da sind.

Zum Ablauf der Veranstaltung: Wir haben uns auf zwei Stunden terminiert, um 13 Uhr wird Schluss sein. Zunächst werden Staatsministerin Roth und die Sachverständigen Gelegenheit bekommen, jeweils fünf Minuten einzuführen. Das ist nicht viel, ich weiß, aber ich werde streng darauf achten, weil auch zwei Stunden sehr schnell vorbei sind. Sie haben nachher in den Blöcken der Fraktionen die Gelegenheit zu antworten. Sie werden sehen, die Zeit wird ausreichen. Das haben wir jetzt mehrmals geübt, dieses Blockformat ist an sich ein sehr schönes Format.

Die beiden größeren Fraktionen SPD und CDU/CSU haben jeweils 18 Minuten Zeit. In dieser Zeit werden die Fragen aus den Fraktionen gestellt und die Sachverständigen können antworten. Sollten Sie zu lange antworten, wird die Fragestellerin der Fraktion mit Sicherheit sagen „jetzt ist gut“, weil sie möglicherweise noch eine zweite Frage an einen anderen Sachverständigen stellen möchte. Sie müssen sich also darauf einstellen, dass innerhalb dieser 18 Minuten Fragen und Antworten vonstattengehen. Die kleineren Fraktionen haben jeweils 12 Minuten Zeit.

Beginnen wird Frau Staatsministerin Roth mit ihrer Einführung. Nachher, in der Fraktionsrunde, wird die CDU/CSU als größte Oppositionsfraktion beginnen, dann wechseln sich die Abgeordneten von Koalition und Opposition ab.

Jetzt beginnen wir mit den Eingangsstatements, Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin **Claudia Roth**: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich wirklich sehr, dass wir uns heute für

eine sehr wichtige Debatte zwei Stunden Zeit nehmen können. Ich freue mich auch, dass die sachverständigen Gäste hier sind, um mit uns zu diskutieren. Ich bin überzeugt, dass das geplante Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ ein ganz zentrales Element einer neuen erinnerungskulturellen Konzeption ist. Diese gibt der europäischen Erinnerung und Versöhnung insbesondere mit den östlichen Nachbarn einen breiteren Raum. Darüber hinaus soll sie allzu lange bestehende Lücken in der Aufarbeitung füllen und blinde Flecken in unserer Erinnerung überwinden.

Der 24. Februar 2022, der Beginn des brutalen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine, zeigt uns allen, wie wichtig es ist, dass wir über die Natur und die Auswirkungen der deutschen NS-Besatzungsherrschaft in ihrer gesamteuropäischen Dimension Bescheid wissen und aufklären. Geschichtsverfälschung – und genau diesen Versuch erleben wir – zur Begründung eines Angriffskriegs muss der Nährboden entzogen werden. Dies gelingt nur mit einer präzisen Kenntnis der Vergangenheit. Nur so können wir Wege der Verständigung aufzeigen. Das ist ein wichtiges und notwendiges Mittel gegen ausgewiesenen Geschichtsrevisionismus, den es auch bei uns gibt.

Was ist das Besondere an der neuen Einrichtung? Das Besondere ist, dass sie die deutsche Besatzungsherrschaft in ihrer Gesamtheit betrachtet. Es wird also eine konsequent europäische Perspektive verfolgt. Durch die thematische Gliederung werden die Gewalterfahrungen verschiedener Opfergruppen in ihrer Vergleichbarkeit, aber auch in ihrer Unterschiedlichkeit beleuchtet. Und erst so können länderspezifische Besonderheiten in der Besatzungsgeschichte der verschiedenen Länder, der Regionen, der ethnischen Bevölkerungen verdeutlicht werden und verständlich vermittelt werden.

Das Dokumentationszentrum geht die oft in Konkurrenz zueinander tretenden Erinnerungen der europäischen Länder an die Besatzungsgeschichte an – zugunsten einer gesamteuropäischen Perspektive. Dies geschieht, ohne diese Dinge durch historische Verallgemeinerungen zu einer Gesamtgeschichte und -erinnerung verschmelzen zu wollen.



Es ist gut, dass wir das versuchen. Es soll nicht die Gesamtgeschichte mit Erinnerung verschmolzen werden. Es soll aber eine Konkurrenz der Erinnerungen überwunden werden.

Die europäisch-vergleichende Perspektive ist ein Alleinstellungsmerkmal und damit wird eine bedeutende Lücke geschlossen. Gleichwohl wird sich das Zentrum in ein bestehendes Netzwerk von Gedenkstätten, Erinnerungsorten und Dokumentationszentren gut einfügen können. Durch die umfassende Dokumentation der deutschen Besatzungsherrschaft können bereits existierende Erinnerungs- und Gedenkeinrichtungen, die zumeist an historisch-authentischen Orten bestehen, ihren spezifischen Themenfokus ableiten, ihr Profil weiter schärfen. Das Zentrum dient der Profilschärfung und steht nicht in Konkurrenz zu bestehenden Erinnerungs- oder Gedenkort. Ihre Sichtbarkeit kann erweitert und verbessert werden und es können Synergieeffekte geschaffen werden. Dies kann zu einer Stärkung der Erinnerungskultur und Erinnerungslandschaft in Deutschland, aber auch international, beitragen.

Ich finde sehr gut, dass sich das Deutsche Historische Museum (DHM) von Anfang an sehr kompetent und sehr international hat beraten lassen. Gerade diese internationale Kooperation, dieser wissenschaftliche Austausch, der das Projekt mit zu dem gemacht hat, was Ihnen jetzt vorliegt, soll fortgesetzt werden. Auch das ist eine gute, europäische Perspektive.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. Herr Prof. Dr. Aust, bitte.

**SV Prof. Dr. Martin Aust:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, haben Sie ganz herzlichen Dank für die Einladung. Es freut mich, dass ich heute hier zu Ihnen sprechen darf. Ich begrüße es ausdrücklich, dass die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag dieses Projekt weiter verfolgen und dass nun ein Konzept des DHM vorliegt, über das wir sprechen können. Das scheint mir auch vor dem bereits von Staatsministerin Roth genannten Hintergrund sehr wichtig, dass Wladimir Putin die Weltkriegserinne-

rung missbraucht, um einen Angriffskrieg mit genozidaler Kriegsführung gegen die Ukraine zu führen. Es ist wichtig, dass Deutschland dem eine demokratisch informierte und gleichzeitig wissenschaftlich informierte Erinnerungskultur gegenüberstellt. Die thematische Gliederung in dem Konzeptpapier scheint mir sehr gut geeignet, um die Breite, Fülle und Komplexität des großen Stoffes deutscher Besatzungsherrschaft in Europa im Zweiten Weltkrieg zu komprimieren, wie es für eine Ausstellung nötig sein wird. Ich halte auch die Ideen des offenen Forums und des Fellowship-Programms für ganz hervorragende Instrumente. Einerseits kann damit deutlich gemacht werden, dass es in diesem Dokumentationszentrum darum geht, deutscher Erinnerungsverantwortung nachzukommen. Andererseits werden damit gleichzeitig Einrichtungen geschaffen, die es ermöglichen, im Dialog mit Zivilgesellschaften und mit den Wissenschaften anderer Länder dieses Projekt voranzubringen, damit es nicht in einer deutschen Nabelschau endet.

Bei der thematischen Gliederung könnte man an einzelnen Stellen überlegen, ob noch weitere Punkte aufgenommen werden sollten. Gerade als Osteuropa-Historiker fallen mir hier zum Beispiel die zahlreichen verbrannten Dörfer ein, in Belarus, der Ukraine und den besetzten Teilen Russlands in der Sowjetunion.

Auch sexuelle Gewalt gegen Frauen ließe sich als ein Punkt in diese Gliederung aufnehmen. Wir sind aus britischen Abhörprotokollen von deutschen Kriegsgefangenen informiert, wie unverhohlen es während des Krieges zu den Alltagsgesprächen der Soldaten gehörte, sich voreinander mit sexuellen Verbrechen zu brüsten.

Der europäische Vergleich bringt die Herausforderung mit sich, die Spezifik der einzelnen Erfahrungen von Besatzungsherrschaft und von massenhafter Gewalt auszudrücken. Hier scheint es mir wichtig, noch einmal einen besonderen Blick auf den Vernichtungskrieg Deutschlands im östlichen Europa zu legen. Der Bericht nennt die chronologischen Stationen: den Überfall auf Polen am 1. September 1939, weitere Überfälle auf Frankreich, Griechenland, Jugoslawien, weitere europäische Länder und schließlich den Überfall auf die



Sowjetunion am 22. Juni 1941. Es scheint mir fundamental wichtig zu sein, diese Daten nicht nur als eine chronologische Abfolge zu begreifen, sondern an diesen Stationen die Dynamik und die Radikalisierung des Vernichtungskrieges herauszuarbeiten. Insbesondere der Überfall auf die Sowjetunion stellt einen besonders tiefen Einschnitt dar, indem sich der Beginn des Holocausts und der Vernichtungskrieg gegen die Menschen in der Sowjetunion miteinander verknüpfen haben.

Um insbesondere die Wucht der Gewalterfahrung im östlichen Europa zum Ausdruck zu bringen, scheint es mir überlegenswert, in die Gliederung eine topografische Gliederung einzubeziehen. Die thematische Gliederung ist grundsätzlich begrüßenswert. Wenn man sie um topografische Schwerpunkte ergänzt, bietet das eine Möglichkeit, ganz spezifische Gewaltformen, ganz spezifische Gewalterfahrungen und den Widerstand gegen sie noch plastischer zum Ausdruck zu bringen. Dabei scheint es mir insbesondere wichtig, den Verfolgten und den Opfern Namen und Stimme zu geben. Unter dem Stichwort Widerstand ist Folgendes anzumerken: Es gab bereits während des Zweiten Weltkriegs und während der Besatzungsherrschaft in Polen und in der Sowjetunion zahlreiche Projekte, auch jüdische, um die Massenverbrechen der Deutschen zu dokumentieren. Dies ist ein reichhaltiges Material, aus dem sich schöpfen lässt, um den Opfern und den Verfolgten Namen und Stimme zu geben.

Ein anschauliches Beispiel dafür, wie das gelingen kann, haben unlängst die Historikerinnen Franziska Davies und Katja Makhotina mit dem Buch „Offene Wunden Osteuropas – Reisen zu Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs“ vorgelegt. Sie gehen topografisch vor. Sie geben den Menschen, die verfolgt und getötet wurden, Namen und Stimme und schaffen damit einen sehr eindringlichen Bericht darüber, was der deutsche Vernichtungskrieg für Menschen im östlichen Europa bedeutet hat. Das Buch wurde kürzlich mit dem bayrischen Sachbuchpreis 2022 ausgezeichnet. Es ist eine wertvolle Lektüre, um weiter am Konzept zu arbeiten, damit es gelingt, die Spezifik

osteuropäischer Geschichte zum Ausdruck zu bringen.

**Vorsitzende:** Das glauben wir sofort. Der Rest muss in dem großen Block der Fragen und Antworten gesagt werden.

**SV Prof. Dr. Martin Aust:** Ich wollte an dieser Stelle aufhören. Danke schön.

**Vorsitzende:** Dann verstehen wir uns hervorragend. Vielen Dank. Herr Dr. Borchard, bitte.

**SV Dr. Michael Borchard:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Frau Staatsministerin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren, dass ein solches Dokumentationszentrum notwendig ist, hat der Antrag der beteiligten Fraktionen (Drucksache 19/23126) 2020 sehr gut begründet. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, dass die Realisierung des Projekts nun auf einer konkreten, umfassenden Grundlage diskutiert werden kann. Es kommt darauf an, sehr integrativ vorzugehen, weil das hier abzubildende Geschehen so schwer fassbare Dimensionen hat und auch in der Darstellung umfassend sein muss.

Ich will mich in meinem Statement nur auf ein paar wenige Aspekte konzentrieren. Im Realisierungskonzept wird betont, es gäbe bislang nur unzureichende Forschung und wenig Wissen. Und die Forschung wird zum zentralen Auftrag gemacht. Forschung ist und bleibt, damit kein Missverständnis aufkommt, natürlich auch für ein solches Zentrum überaus wichtig. Dieses Feld ist aber relativ gut erforscht. Das gilt für den gesamten Bereich der NS-Herrschaft. Natürlich gibt es immer auch weiße Flecken. Nach meiner Ansicht besteht jedoch nicht in erster Linie ein Forschungsdefizit. Es wäre ratsam, die starke institutionelle Betonung der Forschung in diesem Konzept etwas zu reduzieren.

Der zweite Teil des Satzes im Vorschlag ist aber schmerzhaft richtig. Wir haben in der breiten Bevölkerung laut Umfragen ein großes Wissensdefizit. Hier werden im Konzept die wichtigsten Baustellen der Wissensvermittlung noch nicht ausreichend angesprochen.



Welche neuen didaktischen Wege wären zu beschreiten? Welche Themen werden in der öffentlichen Wahrnehmung tatsächlich ausgeklammert? Es wäre ratsam, an der Stelle nachzuarbeiten.

Die Frage der Vermittlung knüpft an ein großes, wenngleich sicher behebbares Defizit des Vorschlags an. Ich sehe ein Defizit darin, dass hier das Verhältnis zu wesentlichen erinnerungskulturellen Einrichtungen und Dokumentationszentren in Berlin nicht konkret angesprochen und ausreichend geklärt ist. Genannt sei beispielsweise die Topographie des Terrors. Lediglich von einem Verweis auf diese Ausstellungen ist in diesem Konzept die Rede. Das ist deshalb gravierend, weil bei den neuen Schwerpunkten des Vorschlags auch Felder benannt werden, die bereits durch andere Zentren abgedeckt werden.

So wird das Thema Zwangsarbeit durch das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide abgedeckt, das Thema „Euthanasie“ durch den Informationsort in der Tiergartenstraße und es ließen sich in europäischer Dimension noch andere Beispiele finden. Neben diesen abgedeckten Feldern bestehen aber auch Lücken. Hier läuft der Vorschlag Gefahr, den Auftrag, bislang nicht anerkannten Opfergruppen in den Mittelpunkt zu stellen, nicht ganz zu erfüllen. Man denke an die Opfer von sexualisierter Gewalt, für die es bislang keinen Erinnerungsort gibt.

Die spezifische, inhaltliche und strukturelle Rolle des Dokumentationszentrums in der Gedenklandschaft und eine sinnvolle Arbeitsteilung müssen klarer definiert werden. Wenn das nicht geschieht, besteht die Gefahr, dass das Zentrum doch zu einer Konkurrenzveranstaltung wird. Allein schon aufgrund seiner Dimension könnte dies zur Marginalisierung der anderen Einrichtungen beitragen. Das kann für den Bundesgesetzgeber, der alle diese Institutionen bezahlt, so nicht wünschenswert sein.

Der Antrag aus dem Oktober 2020 fordert, den Nachkommen der Opfer Raum für Gedenken und Erinnerung zu geben. Das ist mein letzter Punkt. Im Realisierungsvorschlag wird dieser klare Auftrag aus dem Antrag eher ablehnend behandelt.

Es wird vor einer politischen Vereinnahmung in einem nationalen Sinne gewarnt. Es wird aber vor allem deutlich gemacht, es bestünden „Abneigungen gegen ritualisiertes Gedenken in der deutschen Hauptstadt, das einer aktiven Auseinandersetzung mit den Opfern und der Gewaltgeschichte deutscher Besatzung zuwiderlaufe. Der richtige Ort für auch zeremonielles Gedenken wird daher einmütig an den historischen Leidensorten in Deutschland und Europa gesehen.“

Ich will das nicht vom Tisch wischen. Ich kann aber nicht nachvollziehen, warum man nicht das eine tun kann, ohne das andere zu lassen. Es ist nicht erkennbar und im Vorschlag auch nicht ausgeführt, warum ein Denkmal die überaus wertvolle Arbeit der authentischen Gedenkorte sowohl in Deutschland als auch in den besetzten Ländern in Frage stellen oder schmälern würde. Die Kombination eines Mahnmals mit einem Informationsort wie im Falle des Holocaust-Mahnmals und des dazugehörigen Informationszentrums ist ein Beispiel dafür, dass das gelingen kann. Der Ort weist erhebliche Besucherzahlen auf, obwohl es kein authentischer Ort ist.

Fachleute wie Volkhard Knigge haben deutlich gemacht, dass auch die authentischen Orte ohne Kontextualisierung und Gegenwartsbezug nicht auskommen. Ich habe einen konstruktiven Vorschlag: Was spräche dagegen, gemeinsam mit Gedenkstätten wie beispielsweise Auschwitz und anderen musealen Einrichtungen in ganz Europa ein Mahnmal oder einen solchen Raum zu gestalten? So könnte jedes Gefühl einer Konkurrenz umgangen werden. Das ist sinnvoll und würde eine sinnvolle Form der Emotionalisierung bringen. Wenn man sich die Kindergedenkstätte in Yad Vashem anschaut, kann man sehen, welche Form der ergreifenden Emotionalisierung ein solches Mahnmal neben einer nüchternen Ausstellung leisten kann. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank. Herr Prof. Dr. Gross, bitte.

SV **Prof. Dr. Raphael Gross**: Herzlichen Dank. Der Deutsche Bundestag hat entschieden, dass das



Gedenken an die Opfer des deutschen Vernichtungskriegs gestärkt und das Wissen um bisher weniger bekannte Opfergruppen des Nationalsozialismus vertieft werden soll. Er verlangt die Einrichtung eines Dokumentationszentrums, das dem Rechnung tragen soll, was für große Teile Europas bis heute im Zentrum der historischen Erinnerung steht. Es ist, wie ich denke, ein sehr bedeutendes Projekt und eine sehr wichtige Ergänzung zu den bestehenden Museen und Gedenkstätten. Damit wird eine große Lücke in der deutschen Erinnerungslandschaft geschlossen und darüber hinaus ein Wissen bereitgestellt, welches in dieser Art weder in Deutschland noch sonst irgendwo ausgestellt wird. Es wird eine Lücke geschlossen, die für uns heute in Europa, die für alle, die sich für ein friedliches Europa einsetzen, von kaum zu überschätzender Bedeutung ist und sein wird.

Das Zentrum wird unter anderem besonders sein, weil es erstmals umfassend die Gewalterfahrung in den von Deutschland besetzten Ländern zwischen 1939 und 1945 darstellt. Es stellt eine Geschichte dar, welche in ganz Europa noch heute immer wieder den Referenzrahmen bildet, sich zu orientieren. Sie ist geprägt von Zwangsarbeit, Lagern, Raub, Kulturzerstörung, Hunger, Morden an Patienten und von dem systematischen Mord an den europäischen Juden und den Sinti und Roma.

Das neue Zentrum wird die Realitäten der Besatzungsherrschaft und die verschiedenen Typen von Gewaltverbrechen der Besatzer zeigen, insbesondere wird es die Opfer ins Zentrum stellen. Aber das Zentrum wird auch die für die Verbrechen verantwortlichen Täter und Tätergruppen benennen und es wird schließlich die ideologischen Wurzeln der Taten zum Thema machen.

Warum? Es geht um eine Darstellung und um Erklärung. Ziel ist eine Verbesserung der Grundlagen unseres europäischen Dialogs vor dem Hintergrund von Wissen um die Geschichte. Dieser europäische Dialog, wir haben es gehört, ist durch den russischen Angriffskrieg noch schwieriger geworden. Die Nachbarn und heutigen engsten Verbündeten Deutschlands waren fast alle während des Zweiten Weltkriegs von Deutschland besetzt,

insgesamt etwa 230 Millionen Menschen in heute 27 europäischen Ländern.

Das Wissen über die Geschichte dieser besonderen Form der Gewaltherrschaft und deren Nachwirkung ist wichtig und heute in Deutschland viel zu wenig bekannt. Die gegenwärtigen Konfliktlinien Europas sind oft mit historischer Erfahrung verbunden und sie sind vielfach Gegenstand politischer Instrumentalisierung. Deshalb setzt das DHM mit seinem Konzept, das noch vor dem russischen Angriffskrieg verfasst und später von der heute amtierenden Bundesregierung unterstützt wurde, konsequent auf historische Aufklärung, auf Dokumentation und auf die Stärkung historischer Urteilskraft. Der russische Krieg gegen die Ukraine bestärkt uns darin, leider.

Das DHM ist für das neue Zentrum sicher das richtige Dach. Gerade in der hochsensiblen Anfangsphase ist es gut, eine große, gewichtige und erfahrene Institution im Rücken zu haben. Und vergessen Sie bitte auch nicht, um was es hier geht, ist deutsche Geschichte. Als das große Nationalgeschichtsmuseum in Deutschland verfügt das DHM über langjährige und umfangreiche Expertise in allen Fragen, die für ein Museumsprojekt relevant sind. Wie wird eine Sammlung aufgebaut, wie wird restauriert, wie konserviert? Was für Ansätze in Bildung und Vermittlung gibt es, wie werden die vermehrt? Diese Kompetenzen stehen dem neuen Zentrum von Anfang an zur Verfügung.

Gleichzeitig wollen wir nichts monopolisieren. Wir haben uns schon bisher konsequent international und fachlich kompetent beraten lassen, und dies ist auch in der Zukunft für uns vorgesehen. Mehr noch, wir haben mit dem Forum Europäische Erinnerung ein eigenes Beratungsgremium geschaffen, das der europäischen Zivilgesellschaft, Opferverbänden und regionalen Erinnerungsinitiativen eine starke Stimme geben wird.

Ein Haus zu errichten, das der Erfahrung der Besetzten verpflichtet sein soll, ohne deren heutige Perspektive zu berücksichtigen, ist nicht denkbar. Das gilt auch für die zukünftige Zusammenarbeit mit den NS-Gedenkorten in Berlin und in ganz Deutschland.





Diese Kooperation und der Austausch sind wichtig und werden Mehrwert auch für die Gedenkstätten außerhalb Deutschlands schaffen, die noch sichtbar gemacht werden sollen.

Mein Plädoyer: Auch wenn vieles an dem Realisierungsvorschlag natürlich noch weiter zu vertiefen sein wird, das Konzept ist ja absichtlich offen formuliert, wäre es aus meiner Sicht ein wichtiger Schritt, wenn der Deutsche Bundestag, wenn Sie, das Konzept für gut befinden und die Bundesregierung dazu auffordern, es umzusetzen. Man sollte das Projekt nicht ewig zerreden, von der Richtung her ist es schon sehr deutlich.

Zum Schluss noch ein Satz: Es ist mir nicht nur beruflich, sondern auch biografisch ein wichtiges persönliches Anliegen, worüber wir heute sprechen. Darum haben wir am DHM schon begonnen. Wir haben ein Symposium „Gewalt im Museum“ gemacht, wir werden 2024 eine Ausstellung machen, die zeigt, wie bereits 1945 in ganz Europa Ausstellungen zu diesen Gewaltthemen gezeigt wurden. Vielen Dank für das Vertrauen.

**Vorsitzende:** Ich muss Sie jetzt unterbrechen, weil Sie bereits eine halbe Minute überzogen haben. Vielen Dank. Herr Prof. Dr. Lehnstaedt, bitte.

**SV Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, dieses Besetzungsmuseum ist eine ganz große Chance, und es ist wichtig, dass wir es groß bauen. Aber statt Dopplungen, die ich hier stark angelegt sehe, sollten wir mehr schauen, welche Lücken geschlossen werden können. Es ist essenziell, die Opferrollen zu berücksichtigen, die bislang in der deutschen Gedenklandschaft nicht repräsentiert sind. Selbstverständlich muss dieses Dokumentationszentrum die Shoah thematisieren. Aber, was ist denn mit der sonstigen, der gewissermaßen „normalen“ Zivilbevölkerung des besetzten Europas? Hier gab es die verschiedensten Todesursachen wie beispielsweise Rassenkrieg, Hunger und Seuchen, den sogenannten Bandenkampf, also die unterschiedslose Auslöschung von Dörfern zum angeblichen Zwecke einer Widerstandsbekämpfung. Es gab Deportationen, es gab Germanisierung oder auch die gezielten Morde an intellektuellen,

politischen und religiösen Eliten. Allein in der Sowjetunion starben 14 Millionen Zivilisten. Davon waren 15 Prozent Opfer des Holocaust. Aber von den anderen 85 Prozent finden die allermeisten keinen echten Widerhall im vorliegenden Konzept. Angesichts dieser Zahlen finde ich die Priorisierung der Opfer von Patiententötungen und von Porajmos, die in die Hunderttausende gehen und natürlich angesprochen werden müssen, zweifelhaft. Ich finde sie zweifelhaft, weil damit eine Opferkonkurrenz geschaffen wird, die wir auf jeden Fall vermeiden müssen.

Ich glaube deswegen, dass dieses Dokumentationszentrum mit dem Krieg als Ausgangspunkt und als zentrale Voraussetzung für Besetzung anfangen sollte, übrigens steht das auch schon im Namen dieses Dokumentationszentrums. Der Krieg ist der Ausgangspunkt schon alleine deswegen, weil er im Osten und teils auch im Südosten in Form eines Vernichtungskriegs geführt wurde, außerdem, weil sich die Kriegsziele im Westen und im Osten fundamental unterschieden, natürlich sogar nach einzelnen Ländern unterschieden. Das heißt, auf keinen Fall Schlachtengeschichte zu erzählen, das will niemand. Aber es heißt eben doch, über die Kriegsführung an sich und vor allem über die Wehrmacht zu sprechen, denn die Verbrechen beginnen nicht erst mit dem Durchmarsch der deutschen Soldaten. Wir sollten uns davor hüten, diese implizit zu exkulpieren. Die Wehrmachtausstellung ist jetzt bald 25 Jahre her, aber wir wollen doch keinen Rückschritt dahinter.

Die Millionen gefallenen Soldaten sind übrigens auch Opfer dieses Krieges, weniger die Deutschen als die anderen, auch die müssen ihren Raum haben in diesem Museum.

Ich glaube, dass auch eine grundlegende Darstellung der verschiedenen Besetzungs- und Herrschaftsstrukturen notwendig ist, weil sich dahinter ein ideologisches und nicht selten zugleich pragmatisches Konzept verbarg. „Lebensraum im Osten“ ist ein Stichwort, das keine Entsprechung im Westen hatte.

Außerdem muss nach deutschen Besatzern und Besatzerinnen gefragt werden, die im bisherigen



Konzept auch nicht vorkommen. Es ist von zentraler Bedeutung, ihre Handlungen zwischen aktiver Täterschaft, Profit, passiver Zustimmung und passiver wie aktiver Ablehnung darzustellen. Da können wir nämlich nach Handlungsspielräumen fragen von Eisenbahnern, von Postbeamten, nach den Millionen von Soldaten der Wehrmacht und nach Zivilisten und Zivilistinnen wie Sekretärinnen der SS, Krankenschwestern oder Kindergärtnerinnen bei der „Germanisierung“. Sie alle spielten tragende und unverzichtbare Rollen bei der Okkupation. Wir tun gut daran, diese Besatzung als gesamtgesellschaftliches Projekt zu verstehen.

Das alles ist untrennbar verbunden mit der Alltags- und Sozialgeschichte unter Besatzung, und zwar einer Alltags- und Sozialgeschichte, die die Besetzten in Interaktion mit den Besatzern zeigt jenseits der konkreten Verbrechen. Dazu gehören die ökonomischen Folgen nicht nur von Plünderung, sondern auch von Zerstörung. Und ja, dazu gehört auch die bereits mehrfach genannte, wichtige Frage geschlechtsabhängiger Erfahrungen. Sexuelle Gewalt ist das eine, ist ganz zentral, aber natürlich auch Fragen nach neuer Erwerbstätigkeit, nach Familienleben im Krieg, nach neuer gesellschaftlicher Stratifikation, wenn auf einmal alle Männer fehlen. All das ist wichtig. Es ist kaum bekannt in der Öffentlichkeit, wissenschaftlich ist es ganz gut erforscht, aber wir müssen das herausarbeiten, damit dieses Museum Lücken schließt und auch einen Neuigkeitswert bietet, ohne mit der existierenden Gedenklandschaft in Konkurrenz zu treten. Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. Herr Dr. Scheil, Sie sind online zugeschaltet, Sie sehen die fünf Minuten bei sich auch eingeblendet?

**SV Dr. Stefan Scheil:** Ja, ich sehe die fünf Minuten oben links laufen.

**Vorsitzende:** Bitte.

**SV Dr. Stefan Scheil:** Zunächst einmal vielen Dank für die Gelegenheit, hier Stellung zu nehmen. Meiner schriftlichen Stellungnahme konnte man schon entnehmen, dass ich die Konzeption insgesamt relativ kritisch sehe, einfach deshalb, weil die

Vorgeschichte und der politisch-militärische Ablauf des Krieges überhaupt nicht berücksichtigt werden. Wir haben gerade noch einmal gehört, es möchte niemand eine Schlachtengeschichte schreiben. Das ist irgendwie richtig und verständlich, aber es hat über die letzten Jahrzehnte dazu geführt, dass völlige Missverständnisse darin bestehen, wie der Krieg und wie letzten Endes die deutsche Besatzungsherrschaft zustande gekommen sind.

Mehrfach angesprochen wurde, dass Frankreich besetzt worden sein soll, das steht im Entwurf für das Zentrum, bzw. überfallen worden sein soll, das habe ich hier vorhin gehört. Man vergisst vollkommen, dass eigentlich Frankreich diesen Krieg erklärt hatte und dass diese Kriegserklärung und der völlig überraschende Zusammenbruch der damals als sehr stark eingeschätzten französischen Militärmacht das gesamte Besatzererleben geprägt hat. Man vergisst die Vichy-Regierung, die doch weitgehende Zusammenarbeit mit deutschen Stellen, die in Frankreich sehr stark ausgeprägt war, die phasenweise auch in Italien als Verbündetem sehr ausgeprägt war, in Ungarn, in verschiedenen anderen Staaten auch. Die Tendenz der ganzen Ausstellungskonzeption, das so darzustellen, als hätte sich aus ideologischen Gründen Deutschland und die deutsche Wehrmacht über Europa anlasslos ausgebreitet und aus ideologischen Gründen diese oder jene Besatzungsherrschaft ausgeübt, greift einfach zu kurz.

Das meine ich mit Blick auf eine Europäische Gemeinschaft, eine Europäischen Union. Wir haben ungefähr 80 Jahre Kriegsende hinter uns, wir haben eine jahrzehntelange Erfolgsgeschichte europäischer Integration, die auch deshalb funktioniert hat, weil in der unmittelbaren Nachkriegszeit schon alle bereit waren, eine Europäische Gemeinschaft unter Einschluss der Deutschen zu gründen. Diese Tendenz, die jetzt in diesem Dokumentationszentrum zum Tragen kommt, dass quasi die Deutschen die Verantwortlichen seien sollen, während alle anderen Nationen und Gruppen aus der Verantwortung für das Kriegsgeschehen herausgenommen werden, scheint mir persönlich für die Zukunft einer Europäischen Gemeinschaft eher



kontraproduktiv zu sein. Dadurch wird sehr vieles ausgeblendet, was uns eigentlich über die Jahrzehnte hinweg dahin gebracht hat, wo wir jetzt sind, nämlich zu einer europäischen Friedensordnung. Wir sehen in Russland eine völlig andere Geschichtsdeutung, die jetzt wieder für eine aggressive Außenpolitik genutzt werden soll. Wir haben Ähnliches, muss man leider sagen, in den letzten Jahrzehnten auch in Polen erlebt, wo eine sehr aggressive Geschichtsdeutung auch neue Forderungen begründen soll. Wir hatten gerade die 1,3-Billionen-Euro-Reparationsforderung.

Wir haben meines Erachtens ganz allgemein mit diesem Trend, jede Verantwortung pauschal den Deutschen zuzuschieben, eine eher nicht friedensstiftende Gedenkkultur, die durch dieses Dokumentationszentrum eher noch in der Gefahr steht, befördert zu werden.

Damit möchte ich schon zum Schluss kommen. Noch als Hinweis: Hier wird viel über den Südosten, über den Balkan beispielsweise, gesprochen, als ob die deutsche Besatzungsherrschaft in Jugoslawien darauf zurückzuführen gewesen wäre, dass die deutsche Wehrmacht sich da anlasslos ausgedehnt hätte. Niemand anderer als der britische Premier hat sich selber den hohen Anteil am Sieg im Zweiten Weltkrieg zugeschrieben, weil die britische Politik dieses deutsche Eingreifen auf dem Balkan, also in Bulgarien und Rumänien, erzwungen hätte. Das sind Differenzierungen, die man mit aufnehmen sollte. Das als Anregung. Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Als Nächster hat Herr Dr. Süß das Wort, auch er ist online zugeschaltet.

**SV PD Dr. Winfried Süß:** Guten Tag, heute aus München. Vielen Dank für die Einladung zu diesem Hearing. Zu Herrn Dr. Scheil sage ich nur so viel, dass die meisten Kollegen es doch eher anders sehen. Das kann man auch in vielen Rezensionen ganz gut nachlesen.

Damit zu meinem Thema. Der Krieg des Deutschen Reichs gegen seine europäischen Nachbarn war gerade im Osten ein wirklich präzedenzloser Raub- und Vernichtungskrieg, der auf eine durchgreifende politische, ökonomische und demografische

Umgestaltung unter rassistischen Vorzeichen abzielte. Die meisten der nationalsozialistischen Großverbrechen standen in unmittelbarer Verbindung mit diesem Krieg. Er bildete den entscheidenden Kontext der Massenmorde. Diese Verbrechen haben eine fundamentale Bedeutung für unser Verständnis der NS-Herrschaft und die Erinnerung daran. Dennoch sind Gewalterfahrungen unter deutscher Besatzung in unserer Erinnerungskultur bis heute abgeschaltet. Das gilt vor allem für Osteuropa. Vor diesem Hintergrund setzt der Planungsauftrag des Bundestags für ein Dokumentationszentrum zur deutschen Besatzungsherrschaft ein starkes Zeichen, das man wirklich nur begründen kann. Das DHM hat diesen Impuls zügig aufgegriffen, der räumliche und finanzielle Rahmen seines Ausstellungskonzepts wird der hohen Relevanz des Themas gerecht. Es ist ambitioniert und macht aus meiner Sicht konzeptionell sehr vieles richtig.

Ich möchte hier drei Aspekte hervorheben:

Erstens, die sachthematische länderübergreifende Gliederung bietet die Chance, die Gewaltgeschichte von immerhin 27 besetzten Ländern zu systematisieren, sie aufeinander zu beziehen und sie zugleich in ihrer sehr komplexen Unterschiedlichkeit zu konturieren. Diese Präsentationsform macht das Dokumentationszentrum zu einem echten Lernort, der zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit anregt. Auch wissenschaftlich ist dieser Zugriff angemessen. Die Verbrechen-geschichte des Dritten Reichs lässt sich nicht als Nationalgeschichte schreiben, wie der renommierte Holocaust-Experte Dieter Pohl kürzlich erst festgestellt hat. Denn diese Verbrechen machten nicht an Ländergrenzen halt. Sie waren buchstäblich entgrenzt.

Die Geschichte der Zwangsarbeit, das ist evident, kann man nur gesamteuropäisch erzählen.

Beispiele für diesen nationale Grenzen überschreitenden Charakter der NS-Verbrechen finden sich auch in der Geschichte der „Euthanasie“, wo deutsche Psychiatriepatienten in zuvor freigemordeten Krankenhäuser in Polen verbracht wurden und dort elend zu Tode kamen.



Zweitens, die Ausstellungskonzeption richtet den Fokus auf bisher wenig präsente Opfergruppen, etwa Sinti und Roma, sowie wenig ausgeleuchtete Verbrechenskomplexe wie die Kulturzerstörungen, die in unserer Gegenwart unerwartet aktuell geworden sind.

Drittens möchte ich hervorheben, wie wichtig es ist, dass die Ausstellungskonzeption ihr Publikum reflektiert und damit die Frage stellt, wie historisches Lernen für Zielgruppen gelingen kann, deren Erfahrungshorizonte durch Internationalität, durch Migration und nicht zuletzt durch das Internet geprägt sind. Das Ausstellungskonzept macht hier gute Angebote. Vorbild war offensichtlich das United States Holocaust Memorial Museum (USHMM) in Washington, immerhin eine der international erfolgreichsten Neugründungen in den letzten Jahrzehnten.

Herr Prof. Dr. Gross hat betont, dass hier kein fertiges Drehbuch, sondern nur ein vorläufiges erstes Konzept vorgelegt worden ist. Natürlich hat jeder seine Wunschliste für Modifikationen, ich möchte nur zwei kurz ansprechen. Das Verhältnis von Besatzern und Besetzten scheint mir oft noch ein bisschen dichotomisch gezeichnet. Das spiegelt sich auch im Zentralbegriff der Besatzererfahrung. Hier käme es darauf an, den Besetzten noch mehr Kontur zu verleihen und sie als handelnde Objekte mit eigener Agency zu zeigen. Auch auf die Gefahr hin, dass dabei erinnerungspolitisch schwierige Fragen angeschnitten werden.

Letzter Punkt: Ich verstehe Herrn Prof. Dr. Gross' Einwände gegen die Einbeziehung erinnerungspolitischer Konflikte in die Dauerausstellung. Gerade im Sinn des historischen Lernens könnte das aber eine Möglichkeit sein, den Besuchern wichtige Denkanstöße mitzugeben, nicht nur im Hinblick auf Gemeinsames und Trennendes, sondern auch für die Unterscheidung von angemessenen und unangemessenen Inanspruchnahmen von Geschichte. Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. Als Letzte, last but not least, haben Sie, Frau Prof. Dr. Tönsmeier, das Wort.

**SV Prof. Dr. Tatjana Tönsmeier:** Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Frau Staatsministerin, sehr geehrte Damen und Herren, heute liegt uns ein Realisierungsvorschlag vor. Ein Realisierungsvorschlag ist noch kein Drehbuch, sondern er formuliert inhaltliche Kerngedanken für die kommende Ausstellung und nennt Bedarfe für die Umsetzung des Vorschlags. Ich würde sagen, beides tut der Realisierungsvorschlag in sehr stimmiger Weise. Anliegen dieses erinnerungspolitischen Vorhabens ist es, eine immer noch bestehende Lücke zu schließen, die darin besteht, dass neben dem Zweiten Weltkrieg auch die Besatzungsherrschaft thematisiert werden muss. Das Neue ist eine gesamteuropäische, primär osteuropäische, aber nicht ausschließlich osteuropäische Perspektive, also eine gesamteuropäische Perspektive. Und das Neue ist, dass mit diesem Grundvorschlag die Auswirkungen von Besatzung zur Anschauung gebracht werden können.

Lassen Sie mich ausführen, warum das ein Perspektivwechsel ist. In Deutschland ist der Leitbegriff der Krieg. Die Väter, Großväter, Urgroßväter, je nach Generation, waren im Krieg. Der Krieg dauerte sechs lange Jahre, und viele, Hunderttausende, blieben da. Für unsere europäischen Nachbarn ist der Leitbegriff der der Besatzung. Die Kriegshandlungen waren, nicht überall, aber meistens, kurz. Das heißt, das, was danach kam und lange dauerte, war nicht Frieden, sondern war Besatzung. Wenn dieses Haus Auswirkungen von Besatzung thematisiert, dann hätten wir in gesamteuropäischer Perspektive eine große Lücke geschlossen.

Zentral an diesem Argument ist auch, dass in den ehemals besetzten Ländern, und zwar anders als in Deutschland, die Zahl der zivilen Opfer überwiegt. Das gilt für die damalige Sowjetunion, Polen, das ehemalige Jugoslawien, Griechenland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Norwegen, Ungarn. Hier überwiegen zivile Opfer. Diese zivilen Opfer, natürlich nicht ausschließlich, aber in großen Teilen, sind Opfer der Besatzung. In Deutschland überwiegen militärische Opfer.



Das ist eine andere Geschichte, deswegen hat das Haus eine enorme Chance, wenn es diese unterschiedlichen Leitbegriffe, Krieg für Deutschland und Besatzung für die Mehrzahl derer, die Besatzung erlebten, zum Ausgangspunkt nimmt. In die Gruppe dieser 19 Millionen zivilen Opfer, von denen ich gerade sprach, gehören auch die sechs Millionen Opfer der Shoah. Es ist wichtig, dass man sich das vergegenwärtigt. Es ist deswegen so elementar wichtig, dass das neue Dokumentationszentrum eine breite europäische Perspektive einnimmt und über den Krieg hinaus auf Besatzung schaut.

Das Papier schaut über Krieg auf Besatzung, indem es zentrale Verbrechenskontexte identifiziert. Für die spätere Ausstellung wird von großer Bedeutung sein, dass Besatzung über Verbrechenskontexte hinaus mehr ist als die Summe dieser Verbrechenskontexte. Besatzung hat eine Alltagsdimension und unter dieser Alltagsdimension litten Menschen, auch wenn sie Besatzung überlebten. Ich habe dies in meinem schriftlichen Statement mit Beispielen untermauert. In Kürze gesagt: Auch wer nicht an Hunger starb, litt an Hunger, litt an Mangelversorgung. Auch wer nicht zur Zwangsarbeit verschleppt wurde, fürchtete um die Menschen, die verschleppt wurden, und hatte Angst, selber verschleppt zu werden. Wer nicht Opfer von Repressionen wurde – im Sinne von: „hat nicht überlebt“ – musste Repression erleben, fürchtete sich davor und sah sie bei ihm nahestehenden Menschen. Das heißt, Besatzung hat eine Alltagsdimension, die alle betraf. Was wir hier eigentlich thematisieren, ist, dass mit Besatzung überall in Europa, in besonderer Weise in Osteuropa, aber auch in West-, Nordeuropa und Südosteuropa das, was vorher normal war, ganz anders wurde. Wenn das Haus dies zeigen, Wissen vermitteln und Leiden anerkennen kann, leistet es enorm viel.

Es wird enorm wichtig sein, die jüdische Perspektive einzubeziehen, denn in Anbetracht einer totalen Verfolgungsabsicht der deutschen Seite hing jüdisches Überleben in ganz großen Teilen von den Alltagsbedingungen von Besatzung ab. Um nur ein banales Beispiel zu nehmen: Wer selber hungert, muss sich überlegen, wie er jemanden

versorgt, den er versteckt. Und solche Aspekte sehen wir in enorm großem Umfang.

Ich glaube, dass uns der 24. Februar noch einmal mit neuer Dringlichkeit auf diese Themen gestoßen hat. Bombardierung in Kiew zu erleben, bedeutet etwas anderes, als Besatzung in Cherson zu erleben. Wir haben also eine unmittelbare Aktualisierung. Wir haben mit dem Haus eine große Chance zur Selbstaufklärung in einer immer diverser werdenden deutschen Gesellschaft, weil Menschen aus der Ukraine, aus Syrien, mit Erfahrung im jugoslawischen Bürgerkrieg gerade diese Alltagsdimension unmittelbar kennen. Ich danke Ihnen.

**Vorsitzende:** Vielen Dank an die Sachverständigen und an die Frau Staatsministerin. Wir kommen jetzt zu den Frage- und Antwortblöcken der Fraktionen. Es beginnt die CDU/CSU-Fraktion. 18 Minuten stehen Ihnen insgesamt zur Verfügung, Frau Abg. Dr. Schenderlein hat das Wort, bitte.

Abg. **Dr. Christiane Schenderlein** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Wir werden die Fragen aufteilen. Vorweg möchte ich nur ausführen, dass die Aussagen des Sachverständigen Dr. Scheil uns sehr schockiert haben und ich der Ansicht bin, dass es wirklich eklatanteste Unterschiede zu allen anderen hier anwesenden und digital zugeschalteten Sachverständigen gibt.

Zwei Frageblöcke möchte ich an Herrn Prof. Dr. Lehnstaedt und an Herrn Dr. Borchardt richten sowie eine abschließende Frage an Herrn Prof. Dr. Gross. Die Frageblöcke habe ich in verschiedene Bereiche eingeteilt. Herr Prof. Dr. Lehnstaedt, ich trenne die Bereiche Unterschied Ost und West, Leerstellen im Konzept, Zivilbevölkerung und Forschung. Um die Zeit gut zu nutzen, gehen wir am besten in Blöcken vor, Sie antworten und ich schaue, wie es mit der Zeit passt. Ich denke, wir schaffen das zusammen. Ein ähnlich großer Block liegt dann bei Herrn Dr. Borchard.

Sie haben erwähnt, dass sich hinter den verschiedenen Besatzungs- und Herrschaftsstrukturen ein ideologisches und teilweise auch pragmatisches Konzept verbarg. Kann anhand von Kriterien eine Vergleichbarkeit hergestellt werden, das heißt, zwischen Osteuropa auf der einen Seite und



Westeuropa auf der anderen? Weshalb sollte diese Unterschiedlichkeit in der Besatzung zwischen Ost und West differenzierter betrachtet werden? Ist es in der Hinsicht vorstellbar, eine west- und osteuropäische oder ähnliche Länderperspektive zu bilden? Daran anschließend: Sind in der Darstellung einzelner Länder vielleicht Zugeständnisse zu machen? Sollten bestimmte Länder mehr als andere herangezogen werden? Da geht es auch um die Frage, wo es die höheren Opferzahlen gibt und ob man dies als Kriterium verwenden kann.

**SV Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt:** Vielen Dank. Ich sage voraus, dass es dieses Museum nicht schaffen kann – und das muss es auch nicht –, statistische Repräsentativität zu erzielen. Wie sollte das auch gelingen? So etwas geht nicht anhand der Opferzahlen. Sie können das Haus nicht nach diesem Kriterium aufteilen. Das funktioniert nicht.

Ich glaube, dass die Idee des europäischen Vergleichs, die hier angelegt ist, vollkommen richtig ist. Sie ist gewissermaßen alternativlos. Wir müssen aber schauen, dass wir nicht nur eine Erfahrungsgeschichte schreiben. Eine Erfahrungsgeschichte ist im Wesentlichen etwas, was wir aus der Perspektive der Überlebenden erzählen. Wir haben es aber mit ganz vielen Toten zu tun. In der Sowjetunion sind das 14 Millionen Zivilisten, es sind dort insgesamt 27 Millionen Tote, wenn wir die Soldaten dazu nehmen. Diese Millionen differenzieren sich natürlich aus: Das sind Russen, das sind Ukrainer, das sind Balten, das sind Belarussen und so weiter. Das ist mehr als Statistik. Man darf das auch nicht auf Statistik reduzieren.

Es ist wichtig, mit ein paar Tatkomplexen zu arbeiten und einerseits eine Perspektive der Täter anzustreben, aber andererseits auch eine Perspektive der Besetzten anzustreben. Die große Herausforderung ist, wie man das dann kombiniert.

Für die Todesursachen gibt es tausende Gründe. Ein wesentlicher Grund, der im Konzept nicht vorkommt, ist die Verfolgung aus nationalen Gründen. Es gab sehr viele Polen, die einfach, weil sie Polen waren, erschossen wurden. Wie gehe ich damit um? Nur weil wir ein europäisches Museum

machen wollen, können wir nicht sagen, dass wir diese Fakten ignorieren. Dieser Aspekt muss rein.

Wir Deutschen sind postnational, außer uns Deutschen ist das niemand in Europa. Wir müssen über die Menschen sprechen. Wir müssen über die Gründe sprechen, warum sie starben, und wir müssen darüber sprechen, warum es an manchen Orten und in manchen Ländern mehr waren als in anderen.

**Abg. Dr. Christiane Schenderlein (CDU/CSU):** Sie haben schon gesagt, dass die Einbringung der Täterperspektive wichtig und richtig ist. Unter dem Aspekt der Leerstellen im Konzept zur Vorgeschichte des Krieges: Gehört zum Krieg auch die Vorgeschichte? Gehört auch der Weg in den Krieg dazu? Dann hatten wir schon gesagt, Akteure, Strukturen, die Rolle der deutschen Besatzerinnen und Besatzer fehlt, die sollte eingebracht werden. Vielleicht können Sie hier vertiefen. Und zum Stichwort Kollaboration, weil es als Begriff nicht genannt wird: Wie bewerten Sie, dass aus nationaler Perspektive schwierige oder unbequeme Themen ausgespart werden?

**SV Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt:** Zunächst zur Vorgeschichte: Ich glaube, dass man dieses Thema tendenziell knapp halten muss, aber wir dürfen es nicht ausklammern. Selbstverständlich muss man bei den Tschechen anfangen, die als Erste besetzt werden, auch wenn es hier nicht zum Krieg kommt. Wir müssen unbedingt herausarbeiten, dass Hitler den Krieg wollte, denn wir haben bei manchen Leuten in Deutschland, auch hier bei Herrn Dr. Scheil, anscheinend die Vorstellung, dass uns dieser Krieg aufgezwungen wurde. Das ist natürlich nicht richtig. Das muss man also zeigen. Ich glaube auch nicht, dass das hier kontrovers ist, wenn man diese Vorgeschichte zeigt. Das DHM zeigt Wieluń, ein sehr gutes Beispiel für ein Kriegsverbrechen, weil Wieluń in Polen bombardiert wurde, bevor der Krieg erklärt wurde. Was wäre wohl sonst ein Kriegsverbrechen? Das muss man zeigen.

Wenn wir über die Täter sprechen: Ja, die Täterschaft ist komplex. Wir haben die Wehrmacht, wir haben 17 Millionen Männer und auch Frauen, die



in der Wehrmacht sind. Wir haben die Zivilverwaltung, die Organisation Todt, die Wirtschaftsstäbe, wir haben Zivilisten – all diese Täter handeln, und sie handeln aus eigenem Antrieb. Sie haben ihre Agenda genau wie die Besetzten ihre Agenda haben. Ich glaube, man kann die Täterschaft nicht auf die SS reduzieren – das tun Sie, Herr Prof. Dr. Gross in Ihrem Konzept auch nicht –, aber ich glaube, je breiter wir das darstellen, desto mehr können wir erklären, wie sehr diese Besetzung und dieser Krieg ein gesamtgesellschaftliches Projekt sind.

Zu Ihrer letzten Frage, der Frage nach der Kollaboration: Kollaboration ist natürlich ein politischer Begriff, der problematisch ist. Aber, wenn wir 4.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche anstreben – und ich finde es gut, dass dieses Museum so groß gedacht ist –, dann gibt es Möglichkeiten zu thematisieren, warum der Begriff problematisch ist. Kollaboration wird im Zweiten Weltkrieg als politischer Begriff schon gebrandet. So etwas darzustellen, erklärt auch, was davon zu halten ist. Widerstand ist übrigens ein nicht weniger problematischer Begriff. Er wird hier relativ affirmativ verwendet. Wir haben in Deutschland sehr verqueren Vorstellungen vom Ausmaß der Kollaboration, sie wird im Allgemeinen viel zu groß veranschlagt. Gerade deswegen müssen wir darüber reden, um zu sagen: Ja klar, das gibt es. Aber es sind nicht die Polen, die den Holocaust gemacht haben.

**Abg. Dr. Christiane Schenderlein (CDU/CSU):** Vielen Dank. Aus Zeitgründen fasse ich die Fragen zusammen. Stichwort Zivilbevölkerung als übergeordnete Frage: Sie haben mehrfach gesagt, dass die Alltagserfahrung in der Auseinandersetzung so wichtig ist. Lassen sich angesichts von vielen verschiedenen Varianten Kategorien bilden? Ist das möglich? Welche würden Sie besonders hervorheben? Zum Bereich Forschung: Sie haben in Ihren Ausführungen gesagt, dass es bereits viele bestehende Sammlungen gibt, daher die Frage nach den Alternativen. Wie kann man auf dieses Wissen zurückgreifen und wie notwendig ist es, auf Redundanzen zu verzichten?

**SV Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt:** Je breiter wir die Kategorien der Opfer und der Besetzten fassen,

desto mehr Gemeinsamkeiten bekommen wir, aber natürlich wird es dann auch weniger nuanciert. Es ist ganz schwierig, hier eine Balance zu finden. Die entscheidende Herausforderung ist, die Kategorien gut zu wählen. Das, was Sie in Ihrem Konzept als Schwerpunkte vorschlagen, überzeugt mich nicht. Ich glaube, wir dürfen bei all dem die NS-Ideologie nicht aus dem Blick verlieren. Sie ist zentral. Wir wollen kein anthropologisches Museum errichten, sondern ein Museum der deutschen Besetzung in Europa, die getragen ist von der NS-Rassenideologie. Wenn wir nur die Folgen darstellen, landen wir bei einem: „Es war für alle schlimm!“ Das stimmt zwar einerseits, aber das hilft uns nicht weiter. Insofern brauchen wir die Differenzierung.

Die Frage nach der Forschung: Ich halte die Idee der Fellowships für problematisch. Das Problem ist nicht, dass es die Forschung nicht gäbe. Die gibt es, die gibt es in Europa auf ganz hervorragende Weise, die wird nur in Deutschland nicht genügend rezipiert. Das heißt, was wir brauchen ist nicht, dass die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland zu uns kommen, sondern ganz im Gegenteil, wir müssten es schaffen, dass die Deutschen dort hinfahren und ihre Forschung dort machen. Denn es ist ja nachgerade absurd, sich vorzustellen, dass man Besatzungsforschung in Deutschland machen kann. Das Gegenteil ist richtig: Besatzungsforschung mache ich in den ehemals besetzten Ländern. Ich brauche auch in Deutschland keine Oral-History-Archive aufzubauen. Die Frage ist sowieso, wer mir 80 Jahre nach dem Krieg noch irgendetwas über Besatzung erzählen kann. Diese Archive gibt es, die gibt es auch in Berlin, die gibt es digital, die sind verfügbar, die kann man sich anschauen. Insofern glaube ich, dass eine umfassende Bibliothek sicher wichtig ist. An ein Archiv glaube ich nicht. Sammlungsbestände kann man anlegen, das machen all unsere KZ-Gedenkstätten auch, die haben alle Sammlungsbestände. Das schadet nicht, das gehört zum Kernbereich eines Museums, keine Frage.

**Abg. Dr. Christiane Schenderlein (CDU/CSU):** Vielen Dank. Meine nächsten Fragen gehen an Herrn Dr. Borchard, vor allen Dingen erst einmal zur Thematik der Umsetzung.



Wenn man sich ein Haus vorstellt, das Forschung haben soll, das ein Begegnungsort sein soll und eine aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte ermöglichen soll, welche Gewichtung geben Sie beiden Aspekten? Ist beides gleichermaßen wichtig oder hat das eine Thema Vorrang vor dem anderen? Und für wen bauen wir das Zentrum? Überwiegend für die Wissenschaft? Am Ende ist entscheidend: Wer ist die Zielgruppe? Die Bevölkerung oder die Wissenschaft? Eine Kombination aus beiden? Vor allen Dingen geht es darum, eine nachfolgende Generation, eine junge Generation anzusprechen. Mit welchen Möglichkeiten, mit welchen medialen Angeboten könnte man das erreichen?

Es soll, wie es der Bundestagsbeschluss vorgesehen hat, außerdem ein repräsentatives Gedenkensemble hergestellt werden, eine Art Raum der Stille. Wie kann man das umsetzen?

**SV Dr. Michael Borchard:** Ich habe es in meinem Statement schon relativ deutlich gesagt, zur Gewichtung kann man klar sagen: Wir haben ein massives Wissensdefizit. Ich will nicht in die Details der Umfragen einsteigen, aber besonders bedrückend fand ich eine Umfrage der *Zeit* von 2020, als insgesamt 53 Prozent der Bevölkerung der Auffassung waren, man sollte einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Nationalsozialismus ziehen. Wir haben in den Stellungnahmen vorhin gehört, wohin das führen kann. Was ich noch bedrückender finde, ist, dass rund 50 Prozent der befragten Jugendlichen in einer Studie zur Generation Z gesagt haben, dass ihr Wissensstand allenfalls durchschnittlich, eher nicht so gut oder überhaupt nicht gut ist. Das ist etwas, was uns sehr herausfordern muss, auch mit Blick auf die Schulcurricula, die immer auch für die Lehrerinnen und Lehrer mit dem Problem behaftet sind, dass sie unter extremem Zeitdruck arbeiten. Deshalb können sie die Tiefe vieler Dinge nicht vermitteln. Deswegen ist das sehr wichtig. Natürlich ist es so, dass wissenschaftliche Forschung und die Darstellung sich immer verknüpfen müssen. Das ist bei allen digitalen Darstellungsformen besonders wichtig. Am Ende ist die Faktenvermittlung entscheidend, weil sich erst auf der Faktenvermittlung das Wissen aufbaut.

Ich gebe zu, dass dieser Entwurf noch kein fertiges Drehbuch ist, wie es vorhin gesagt worden ist. Wir müssen jedoch zur Kenntnis nehmen, dass junge Leute ganz andere Anforderungen stellen. Sie wollen ihre eigene Lebenswirklichkeit reflektiert sehen. Es geht nicht um eine einfache Übertragung dessen, was man damals erlebt hat, in die heutige Zeit, aber natürlich sind junge Leute konfrontiert mit Diskriminierung, sind sie konfrontiert mit Rassismus und überlegen, wie es zu solchen Dingen kommen kann, wie es damals der Fall war. Wenn man sich die Umfrage Generation Z und Weiteres anschaut, sieht man sehr deutlich, dass die Mehrheit dieser jungen Leute sich eine zwar faktenbasierte, aber näher an ihrer Lebenswirklichkeit stehende Darstellung wünscht.

Es geht nicht ohne Wissenschaft, aber ich glaube, dass die Gewichtung sehr eindeutig auf der Wissensvermittlung liegen muss.

Es gibt noch eine weitere interessante Umfrage, die Umfrage „MEMO Deutschland“, die ich aufschlussreich finde. Sie warnt davor, alles auf die digitalen Medien zu werfen. Die Umfrage sagt, wenn man die Leute fragt, wie sie sich solchen Komplexen annähern, dann gehören immer noch besonders das persönliche Gespräch, Ausstellungen und Museen dazu. Ich glaube, dass am Ende ein sehr gut durchdachter, kluger Mix aus analogen und digitalen Formaten für ein solches Museum entscheidend wichtig ist. Vor allem muss das Museum die Lebenswirklichkeit der Menschen ansprechen.

**Abg. Dr. Christiane Schenderlein (CDU/CSU):** Vielen Dank. Noch zwei Nachfragen. Sie haben das Thema deutsche Kriegsgefangene erwähnt. Der Entwurf klammert die Erfahrungsgeschichte deutscher Kriegsgefangenschaft aus. Ist das Ihrer Ansicht nach sachgerecht, wenn ja, warum? Was empfehlen Sie, um auch diesem Aspekt Rechnung zu tragen?

Als abschließende Frage gleich noch die institutionelle Struktur: Wie bewerten Sie den Vorschlag, das Dokumentationszentrum, das in der Rechtsform einer unselbstständigen Stiftung geführt wird, direkt an das DHM anzugliedern, inklusive des Vorschlagsrechts für die Direktion durch die





Leitung des DHM? Wie bewerten Sie diesen Vorschlag?

**SV Dr. Michael Borchard:** Ich will zunächst sagen, dass die deutschen Kriegsgefangenen am Rande gestreift sind, dass sie aber eine massive Opfergruppe bilden. Das, glaube ich, muss man hier gar nicht betonen. Man muss die Zahlen nur ganz kurz anreißen: Die Todesrate lag bei den sowjetischen Gefangenen in deutschem Gewahrsam deutlich über 60 Prozent. Das ist die Gruppe, die ganz besonders stark betroffen war. Die, die nach Hause gekommen sind, sind zum zweiten Mal zum Opfer geworden, indem sie vielfach in die Gulags gewandert sind. Ich muss den Kommissar-Befehl und die Ermordung der jüdischen Soldaten nicht ansprechen. Auf kommunaler Ebene ist eine ganze Menge geschehen, das ist wichtig. Es ist aber so, wie es Bundespräsident Gauck 2015 beschrieben hat: Das Leiden der sowjetischen Kriegsgefangenen ist nicht wirklich in das Bewusstsein der Bevölkerung getreten. Es gibt zwar jetzt den Ansatz in Stukenbrock, einen Ausbau zu betreiben, auch wenn die Finanzierung noch nicht ganz gesichert ist, ich halte das für sehr sinnvoll. Aber, es gibt einen guten Grund, warum die Fragestellung im Konzept nicht so stark thematisiert worden ist: Ähnlich wie beim Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung geht es um einen Komplex, bei dem man ohne jede Aufrechnung auch die deutsche Seite sehen muss. Von den rund 3,5 Millionen deutschen Soldaten, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten sind, sind deutlich mehr als eine Million nicht zurückgekommen. Die Todesrate lag bei 30 Prozent.

Ich glaube, dass es sinnvoll ist, sich zu überlegen, diesen Komplex, der beide Seiten hat, ähnlich wie die Themen Flucht und Vertreibung ohne jede Aufrechnung möglicherweise in einem eigenen Dokumentationszentrum zu behandeln. Das wäre mein Vorschlag. Ich glaube, dass Kriegsgefangenschaft ein ganz wichtiger Komplex ist.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. Wir müssen darauf achten, dass die Zeit reicht. Es tut mir sehr leid.

Vielen Dank an die CDU/CSU-Fraktion und an die Sachverständigen. Es folgt in der Reihenfolge die

SPD-Fraktion mit Frau Abg. Schieder, ebenfalls 18 Minuten. Bitte schön.

Abg. **Marianne Schieder** (SPD): Danke schön, Frau Vorsitzende. Liebe Frau Prof. Dr. Tönsmeier, liebe Herren Experten, ich möchte nicht nur persönlich, sondern für meine Fraktion ganz herzlich dafür danken, dass Sie sich heute Zeit genommen haben und dass Sie bereit sind, uns mit Ihrer Expertise zu unterstützen auf unserem Weg, dieses große, und, wie ich meine, wichtige Projekte umzusetzen. Ich bin der Überzeugung, dass das Konzept des DHM sehr gut ist. Aber Herr Prof. Dr. Gross hat es selber gesagt, es ist kein endgültiges, kein geschlossenes, sondern ein offenes Konzept. Ich meine, wir haben heute schon einige gute Impulse mitnehmen können, aber es wird auch in Zukunft nötig sein, dieses Projekt zu begleiten. Vermutlich wird die Begleitung immer wieder wertvoll sein je feingliedriger und je detaillierter die Ausarbeitung wird.

Ich habe erst einmal eine Frage an Herrn Prof. Dr. Gross. Nicht nur in den schriftlichen Stellungnahmen, sondern auch mündlich ist heute mehrmals angeklungen, dass es wichtig ist, die Abgrenzung zu den anderen Einrichtungen zu klären und von vornherein klarzustellen, dass es hier nicht um einen Gegensatz oder um eine Konkurrenz geht, sondern um eine Ergänzung.

Die zweite Frage ist die Frage nach dem Gedenken. Im Antrag haben wir zu Recht den Ort des Gedenkens angemahnt, und zwar weg vom nationalistischen Ansatz. Stattdessen haben wir einen neuen Weg angemahnt. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Zwei Fragen habe ich auch an Herrn Prof. Dr. Aust. Zunächst zu der topografischen Gliederung, die Sie anmahnen. Vielleicht könnten Sie dazu noch ein bisschen ausführen und etwas zu dem sagen, was Ihnen am Forum und am Fellowship-Programm gefällt.

**SV Prof. Dr. Raphael Gross:** Vielen Dank für die Fragen, die wichtig sind. Wir haben schon bei der Erarbeitung des Papiers darauf geachtet, dass historische Orte des Erinnerens von Anfang mit eingebunden waren.



Wenn Sie sich die Liste der Gedenkstätten anschauen: Topographie des Terrors, KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Schöneweide, Haus der Wannsee-Konferenz, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, dazu noch die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und die Arolsen Archives. Alle Direktorinnen und Direktoren waren in der Konzeptphase dabei, weil es uns so wichtig war, dass wir diese erkämpften, historischen, authentischen Orte erhalten. Diese Orte müssen natürlich weiter existieren und ihre Arbeit machen. Sie sollen nicht in einer Konkurrenz stehen zu dieser Perspektive, die neu ist, die in gewisser Weise ganz Europa in den Blick nimmt und etwas in den Blick nimmt, das in diesen einzelnen Einrichtungen nicht im Zentrum steht.

Die bereits existierenden Gedenkstätten gehen immer von dem Ort aus, an dem sie errichtet wurden, oftmals gegen großen Widerstand. Darum ist es mir so ein großes Anliegen, dass wir von Anfang an bei unserem neuen Projekt sagen, dass es in enger Kooperation und im engen Zusammen-Denken gemacht werden soll, nicht als eine Konkurrenzgeschichte. Ich verstehe aber diese Einrichtungen, die zum Teil um ihre Etats und um ihre Möglichkeiten kämpfen, dass sie das Dokumentationszentrum als Konkurrenz wahrnehmen. Darum war es mir von Anfang an wichtig, sie einzubinden. Es wird sich im Laufe der Umsetzung zeigen, dass auch für sie am Ende eine Erweiterung der Wahrnehmung ihrer Themen da sein wird.

Die andere Frage galt dem Raum des individuellen Gedenkens. Wir haben über 50 zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure aus ganz Europa eingeladen, um mit uns darüber zu diskutieren: Wie stellt ihr euch das vor? Wir haben sehr klar die Rückmeldung bekommen, dass es heute schwierig ist, eine gemeinsame Stimme zu finden. Überlegen Sie, ich brauche nicht darauf hinzuweisen: Zwischen Polen, Belarus, Deutschland, Ukraine, Russland, Norwegen, den Kanalinseln möchten Sie ein gemeinsam erarbeitetes Gedenken finden.

Das ist nicht ganz einfach, dieses Projekt ist sehr kompliziert. Uns haben alle Beteiligten gespiegelt, dass es das Wichtigste ist, wenn wir überhaupt an das erinnern, was passiert ist. Das ist das große Denkmal.

Man kann wie in der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung einen Raum schaffen, der möglichst neutral gestaltet ist, wo man sich individuell oder in Gruppen erinnern kann. Aber wir haben keinen Vorschlag gemacht, der 27 Ländern und allen Ethnien gerecht werden kann, weil wir das Gefühl hatten, diese Lösung werden wir nicht finden. Das ist eine Überforderung dieses Ortes. Wenn es politisch anders gewollt ist, muss man natürlich weiter darüber reden. Unsere Haltung entspricht jedenfalls der Rückmeldung, die wir bekommen haben. Das heißt nicht, dass es nicht einen Ort geben wird, an dem man erinnert, aber es heißt, dass wir uns nicht übernehmen sollten in der Phantasie, gleich einen Friedensort zu finden, an dem wir uns alle einigen auf die Erinnerung, auf das, was passiert ist. Das wird nicht passieren.

Darum das Plädoyer: Es ist wichtig, Wissen zur Verfügung zu stellen und es ist wichtig, dass wir das Wissen an Wissenschaft und Forschung rückbinden, denn wir wollen nicht irgendeine Geschichte erzählen. Natürlich wollen wir auch nicht anfangen, mit den Forschungseinrichtungen zu konkurrieren, was hier einige Male im Raum stand. Nein, aber wir brauchen eine Einrichtung, die weiß, was sie in den Ausstellungen zeigt.

Das Erinnern wird in den Wechselausstellungen mehr ins Zentrum gerückt werden können. Diese Ausstellungen haben wir im Konzept extra noch nicht ausformuliert. Danke.

**SV Prof. Dr. Martin Aust:** Vielen Dank für die Fragen, Frau Abg. Schieder. Wir haben es mit massiven Gewaltverbrechen und massiven, extremen Gewalterfahrungen zu tun. Wenn sie in einem großen europäischen Panorama geschildert werden, wenn versucht wird, sie zu quantifizieren, dann besteht die Gefahr, dass sie abstrakt bleiben. Das fördert nicht die Empathie, auf die das ganze Projekt zielt. Deswegen halte ich es für wichtig, dass es Formen von Konkretisierung gibt.



Der Blick auf einzelne Orte ist eine solche Form der Konkretisierung. Wenn wir über Hunger sprechen, ist es deshalb sinnvoll, sich eingehend nach Leningrad zu begeben und sich damit auseinanderzusetzen, was es hieß, dass diese Stadt 900 Tage belagert war und über eine Million Menschen an ihrem Hunger gestorben sind.

Wenn wir über die verbrannten Dörfer sprechen, ist es sinnvoll nach Belarus und in die Ukraine zu schauen, auf einen Ort wie Korjukiwka in der Ukraine, um sich klarzumachen, was es bedeutet, wenn ganze Dörfer abgeriegelt werden, die Menschen zusammengetrieben werden und bei lebendigem Leibe in einer Scheune oder in anderen Gebäuden verbrannt werden. Oder was es bedeutet, wenn sich die Menschen bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstands in ganzen Stadtteilen, in Wola zum Beispiel, in den Straßenzügen aufstellen mussten und dort von SS und Wehrmacht erschossen wurden. Über all dies gibt es eindringliche Berichte, die erlauben, dieses Geschehen plastischer nachzuvollziehen, als wenn man diese Orte außen vor ließe.

Zu Ihrer zweiten Frage nach dem offenen Forum und dem Fellowship-Programm: Es scheint mir wichtig, noch einmal an die Anfänge der Diskussion zu erinnern. Es gibt im Koalitionsvertrag aus der 19. Wahlperiode den Vorsatz, dass dialogisch erinnert werden soll. Es war immer klar, es muss eine deutsche Leerstelle gefüllt werden, aber die Deutschen möchten das Projekt nicht alleine machen, man möchte es im Dialog mit den anderen Gesellschaften in Europa verwirklichen. Die Frage war: Wie kann das gelingen? Viele hatten zu Recht den Eindruck, dass es schwer wird, sich so etwas als staatliche geschichtspolitische Veranstaltung im Austausch mit Regierungen vorzustellen. Das lenkte also den Blick auf Zivilgesellschaft und Wissenschaft als Foren des Austauschs. Die lassen sich in so einem offenen Forum und im Fellowship-Programm sehr fruchtbar machen.

Das offene Forum ist ein Ort der Begegnung. Das ist für dialogisches, für lebendiges Erinnern sehr wichtig. Die Menschen, die im Fellowship-Programm kommen, müssen nicht in diesem Zentrum in einem stillen Kämmerlein sitzen, wo sie über

Dokumenten sitzen, sondern sie haben die Möglichkeit, sich in eine Öffentlichkeit in Berlin zu begeben und aus ihren Ländern, aus der Geschichte ihrer Länder und aus ihrer Arbeit zu berichten. Auch das kann ein wichtiger Beitrag zu einem lebendigen Erinnern und zu Dialog sein.

Abg. **Marianne Schieder** (SPD): Danke schön. Jetzt habe ich eine Frage an Frau Prof. Dr. Tönsmeyer. Sie haben für mich sehr gut herausgearbeitet, dass es um einen anderen Leitbegriff gehen muss, nämlich um das Besatzungsthema aus Sicht der Opfer. Es muss um Besatzung gehen, die weit mehr war als nur der Krieg, Besatzung, die den Alltag der Menschen tagtäglich geprägt hat und die kein Zufall war, sondern es hat eine gezielte Art und Weise des Vorgehens gegeben. Da sind wir, denke ich, einig. Sehen Sie dieses Ziel verwirklicht, in dem, was hier als Konzept vorgeschlagen worden ist, oder gibt es für Sie darüber hinaus Schwerpunkte oder Ergänzungen, die Sie gerne sehen würden?

SV **Prof. Dr. Tatjana Tönsmeyer**: Vielen Dank für die Frage, Frau Abg. Schieder. Ich habe einleitend gesagt, dies hier ist ein Realisierungsvorschlag, es ist noch kein Drehbuch. Was man tun kann, und aus meiner Sicht wäre es auch sehr wünschenswert, wenn das getan würde, ist, dass man das miteinander verbindet. Um ein Realisierungskonzept von einer begrenzten Länge zu haben, ist es notwendig, erst einmal diese konzentrierte Fassung zu formulieren. Aber zu jedem der Themen und zu weiteren Themen ist es unkompliziert möglich, auch in Ost-West-Perspektive aufzuzeigen, was Besatzung im Alltag bedeutet.

Wenn ich dies an einem Beispiel kürzestmöglich andeuten darf: Einer der Schwerpunkte ist Hunger. Hunger ist die Folge zum einen von klassischer Ausbeutung, das passiert überall im besetzten Europa. Hunger ist aber zum anderen im östlichen Europa, vor allen Dingen auf sowjetischem Territorium, Folge von Hungerpolitik. Was ein Haus zeigen könnte, ist, wie Mangel und Hunger in den Alltag eingreifen. Vorhin ist schon zu Recht von Leningrad die Rede gewesen. Würde man topografisch denken, müsste man auch über Charkiw



reden, unter Besatzung ist das die Stadt mit den meisten Hungertoten. Aber, ich glaube, man müsste auch nach Westeuropa schauen. Ich habe vorhin davon gesprochen, Erinnerung an den Krieg hieß in vielen deutschen Familien, „leben wie Gott in Frankreich“. Das ist die Erinnerung, die die Väter oder Großväter aus Frankreich mitbrachten. Wie viele von uns wissen, dass in Frankreich die Mütter für ihre Kinder Krähenbouillon gekocht haben, weil als Ergebnis des guten (deutschen) Lebens wie Gott in Frankreich war, dass für die französische Bevölkerung kaum noch etwas übrig blieb. Das heißt, es gab keine Hungertoten, aber es gab einen Mangel, der extrem spürbar war.

Der Alltag ist eine Dimension, die meiner Meinung nach in das Konzept aufgenommen werden sollte. Er lässt sich aufnehmen im Kontext dieser Verbrechenskomplexe.

In dem Zusammenhang würde ich gern darauf hinweisen, dass wir, wenn wir von Besetzten reden, in sehr großen Teilen und viel stärker als in friedensmäßig verfassten Gesellschaften von Frauen, Kindern und Alten sprechen. Die Männer sind an den Fronten, die sind eingezogen, die sind zu Millionen in Gefangenschaft. Sie sind auch in nicht geringen Teilen gefallen. Diese Dimension – Wer sind die Besetzten eigentlich? – sehe ich im Realisierungsvorschlag noch nicht im Detail verankert, aber sie ließe sich aus meiner Sicht unkompliziert aufnehmen.

Abg. **Marianne Schieder** (SPD): Herzlichen Dank. Ich habe noch zwei Fragen an Herrn Dr. Süß. Sie haben meines Erachtens zu Recht darauf hingewiesen, dass es sehr gut ist, die Kulturzerstörungen mit aufzunehmen, weil dieser Bereich oft sehr am Rande behandelt wird. Vielleicht könnten Sie dazu noch einmal sagen, welche Vorstellungen Sie haben. Sie haben auch das Verhältnis von Besatzern und Besetzten erwähnt. Vielleicht hätten Sie dazu auch noch ein paar Impulse.

SV **PD Dr. Winfried Süß**: Vielen Dank für die Frage. Kulturzerstörung ist immer Erinnerungspolitik. Der Gegner wird nicht nur physisch vernichtet, sondern auch die Erinnerungen an ihn. Wir erleben es gerade beim Überfall auf die Ukraine,

dass die Zerstörung des Kulturerbes Teil der Kriegsstrategie ist.

Zu den Besatzern und Besetzten: Die Ausstellungskonzeption in ihrer jetzigen Form – und dafür gibt es gute Argumente – geht von den deutschen Besatzern und ihrem Handeln aus. Weil das der Auftrag des Bundestages ist und ich dafür in dem Konzept durchaus Realisierungsmöglichkeiten sehe, fände ich es wichtig, Opfer nicht nur als Menschen darzustellen, die Besatzung erfahren und erleiden, sondern die Bevölkerung der besetzten Gebiete auch in ihrem eigenen Handeln darzustellen, das sich in einem ganz breiten Spektrum bewegt hat. Dieses Spektrum reicht vom Widerstand, den ich stärken und vielleicht sogar als eigenen Punkt ausbauen würde – dazu hat mir das Konzept nicht ganz eingeleuchtet – bis hin zu Formen des Sich-Entziehens oder Formen der partiellen Zusammenarbeit. Es ist ein sehr weites Spektrum. Wichtig ist, diese Menschen darzustellen, die unter deutscher Besatzungsherrschaft nicht nur als passive Opfer lebten, sondern als Menschen mit eigenen Handlungsstrategien und auch mit eigenen Handlungsoptionen. Nur dann erhält man ein abgerundetes Bild.

Abg. **Marianne Schieder** (SPD): Zum Schluss noch eine Frage an Herrn Prof. Dr. Gross. Haben Sie schon Vorstellungen zum Zeitplan? Wie könnten Sie sich vorstellen, dass dieses große Projekt verwirklicht werden kann? Wenn man von so einem großen Projekt hört, denkt man sich als normaler Mensch: Oh weh, das wird sich hinziehen. Ob wir das noch erleben werden, wird sich herausstellen. Welche Vorstellungen können Sie uns mitgeben, wofür wir dann kämpfen, damit die realisiert werden können?

SV **Prof. Dr. Raphael Gross**: Vielen Dank, Frau Abg. Schieder, für diese zentrale Frage. In einer gewissen Weise kann ich sagen, wir haben schon angefangen, indem wir das Konzeptpapier gemacht haben mit diesen vielen Partnern zusammen und indem wir schon beginnen. Ich hatte erwähnt, wir haben ein Symposium gemacht, die Ergebnisse sind publiziert worden. Wir machen eine Tagung über erste Ausstellungen zu Gewalt in Europa, die schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Prag,



Warschau, Paris, London gezeigt wurden. Die Vorarbeiten dazu begannen noch unter deutscher Besatzung. Wir überlegen auch, dass wir das Stichwort „Geschichte der Sinti und Roma in Deutschland“ in einer Ausstellung am DHM aufgreifen, die wir machen möchten. Das heißt, die Themen sind auf dem Tisch, wir fangen an.

Von unserer Seite ist es jetzt ganz dringend, dass wir ein Signal von der Politik, vom Bundestag und dann von der Bundesregierung bekommen: Ihr könnt anfangen und ihr habt dieses und jenes Budget. Dann wird man sich zuerst auf einen Ort einigen müssen, man muss beschließen, ob die Größe, die wir vorgeschlagen haben, auch die ist, die gewollt ist, und dann kommt es darauf an, wie schnell man dieses Haus baut.

**Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Als Nächste ist die AfD-Fraktion an der Reihe mit zwölf Minuten. Herr Abg. Dr. Jongen hat das Wort.

Abg. **Dr. Marc Jongen** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, vielen Dank, werte Gäste, für Ihre Darlegungen.

Ich möchte ein paar grundsätzliche Bemerkungen vorausschicken. Wir müssen unterscheiden zwischen wissenschaftlicher Historie, also Geschichtswissenschaft, und Erinnerungspolitik. Die Historie ist, zumindest dem Ideal nach, der objektiven Wahrheit verpflichtet und nichts anderem, während die Erinnerungspolitik auch gewisse politische Ziele verfolgt. Ich denke, wir haben es bei dem Dokumentationszentrum mit einem Hybrid aus beiden Ansätzen zu tun, wobei aus meiner Sicht die Erinnerungspolitik überwiegt und schwerer wiegt. Beides ist für sich genommen legitim, auch Erinnerungspolitik ist legitim. Unser Problem mit dieser Form von Erinnerungspolitik ist, dass sie in einem Zusammenhang zu sehen ist mit einer Politik, die alle Ansätze, die auf die Souveränität Deutschlands abheben, die eine restriktivere Migrationspolitik wollen, die keinen Brüsseler Zentralstaat wollen et cetera, all diese Dinge sehr leicht assoziiert mit den dunkelsten Zeiten unserer Geschichte. Deswegen liegt in dieser Erinnerungspolitik aus unserer Sicht eine Instrumentalisierung der NS-Zeit vor sowohl in der

allgemein sehr großen Konzentration unserer deutschen Erinnerungspolitik auf diese Zeit als auch sehr oft – nicht immer – in der konkreten Umsetzung.

Im Realisierungsvorschlag für das geplante Zentrum ist bereits im ersten Satz von den „Verbrechen der Deutschen“ die Rede. Das ist kein Einzelfall, das kommt noch mehr als zwei Dutzend Mal in diesem Dokument vor. Ich stelle mir in Bezug auf andere Völker vor, es wäre hier die Rede von den „Verbrechen der Spanier“, „der Russen“ usw. Man würde solche Aussagen zu Recht als unterkomplex und unstatthaft bezeichnen. Hier steht es aber so und suggeriert etwas wie eine Kollektivschuld der Deutschen an den Verbrechen. Ich erinnere an Richard von Weizsäcker und seine berühmte Rede von 1985, der eine Kollektivschuld für Völker ablehnte und Schuld immer nur in der Person gesehen hat. Viele andere sehen es genauso. Hier ist deutlich die Tendenz einer maximalen deutschen Selbstcupabilisierung zu sehen, die weit über die Kriegsschuld Nazideutschlands für den Zweiten Weltkrieg, über die ja kein Zweifel besteht, hinausgeht.

Einen Absatz später wird festgestellt, dass „in Deutschland das Wissen über die deutsche Kriegsführung und die deutsche Gewaltherrschaft außerhalb wissenschaftlicher Kontexte gering“ sei. Dies ist hier mehrfach wiederholt worden. Angesichts der zahlreichen Gedenkstätten, der Unterrichtspläne unserer Schulen und der vielen Reportagen über die NS-Zeit in den Medien ist das eine mindestens erklärungsbedürftige Feststellung. Es werden auch keine Quellenachweise dafür genannt. Woher kommt eigentlich das Wissen darüber? Wenn es so wäre, ist dann ausgerechnet eine weitere Gedenkstätte dazu angetan, die ja naturgemäß nur wenige Menschen erreicht, wirklich breit Abhilfe zu schaffen bei diesem Problem?

Dann ist von Bedürfnissen oder Anforderungen einer Migrationsgesellschaft die Rede, ohne dass klar wird, was das konkret im Hinblick auf die didaktische Aufarbeitung des Themas „deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ heißen soll.



Weitere Probleme sind schon angesprochen worden. Herr Prof. Dr. Lehnstaedt, Sie sprachen in Ihrer Stellungnahme von der Gefahr einer Kannibalisierung, also von einer Konkurrenzveranstaltung mit Blick auf andere Dokumentationszentren, von einer Doppelung mit Berliner Gedenkstätten usw. Dafür ist das aber eine sehr teure Geschichte. Mit 120 Mio. Euro ist der Bau kalkuliert, die Ausstellung soll 14 Mio. Euro kosten, die Personalkosten werden mit jährlich 6 Mio. Euro angegeben. Im Vergleich: Der Bau für die Topographie des Terrors kostete nur einen Bruchteil dessen und die Gesamtausgaben liegen bei etwa 7 Mio. Euro.

Vor dem Hintergrund dieser kritikwürdigen Punkte möchte ich meine Fragen zunächst an Herrn Dr. Scheil stellen. Sie haben in Ihrer schriftlichen Stellungnahme deutlich gemacht, dass Sie dieses Zentrum nicht für geeignet halten das Thema der deutschen Besatzungsherrschaft adäquat zu vermitteln. Vielleicht können Sie etwas genauer darstellen, warum das so ist. Sie deuten an, dass die Realgeschichte des Zweiten Weltkriegs zu wenig berücksichtigt worden ist. Ich glaube, dass wir uns alle hier darüber einig sind, egal welche Kriegserklärung zuerst erfolgt ist, dass es eine Besatzungsherrschaft Deutschlands auch in Frankreich gegeben hat. Das ist, glaube ich, kein Streitpunkt. In Ihrer Darstellung war das vorhin etwas missverständlich, vielleicht können Sie auch dazu noch etwas sagen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie vor allem fragen: In Bezug auf Frankreich ist das Thema Kollaboration relevant. Der Begriff der Kollaboration ist in diesem Realisierungsvorschlag bewusst vermieden worden. Stattdessen spricht man von einem Zwang zur Beteiligung, der von den deutschen Besatzern ausgegangen ist. Wird diese Umbenennung aus Ihrer Sicht den historischen Fakten gerecht? Missachtet man nicht auch eine französische jahrzehntelange Diskussion, die sich gerade um den Begriff der Collaboration gedreht hat? Wäre es nicht besser gewesen, sich weiter auf den eingeführten Begriff zu beziehen?

**SV Dr. Stefan Scheil:** Natürlich wollte ich in keinster Weise den Eindruck erwecken, es hätte keine deutsche Besatzungsherrschaft in Frankreich

gegeben. Es ging mir nur um die auch im Entwurf zu findende Wortwahl, Frankreich sei sozusagen besetzt worden. Das ist in dem Zusammenhang eben die falsche Wortwahl, weil sie vergisst, wie dieser Krieg letzten Endes zustande gekommen ist, erklärt – aus guten Gründen – von Seiten Großbritanniens und Frankreichs. Man muss in der Gesamtdarstellung der deutschen Besatzungsherrschaft berücksichtigen, dass sie im Zusammenhang von Kriegsereignissen zustande gekommen ist. Der Nationalsozialismus wurde aus guten Gründen bekämpft, aber er wurde auch aktiv bekämpft. Die Dinge, die ich angemerkt habe, sind Schulbuchwissen, einfachstes Wissen, das nicht durch irgendwelche Forschungsergebnisse infrage steht, sondern offensichtlich in der Gedenkkultur momentan keine große Rolle mehr spielt.

„Kollaborateur“ war schon in der Kriegszeit ein Vorwurf, der ausgiebig ausgetauscht wurde zwischen den verschiedenen Lagern in Frankreich, die damit aber auch Konflikte aufgegriffen haben, die schon weitaus älter waren als der Weltkrieg. In Frankreich herrschte eine fast schon revolutionäre Stimmung schon in den 1930er-Jahren mit der Volksfrontregierung und mit der extremen Rechten, die die Republik gleich ganz abschaffen wollten, was das Vichy-Regime zumindest verbal getan hat, indem man sich nur noch als französischer Staat bezeichnete. Natürlich war die Kollaboration auch in anderen Staaten immer davon abhängig, wie in jedem anderen Krieg auch, wem die Kollaborateure zutrauten, wer letzten Endes gewinnt. Niemand steht gern auf der Seite der Verlierer. Insofern hat die Ausstellungskonzeption teilweise recht, dass die Kollaborateure in verschiedenen Ländern auch durch deutsche Angebote dahin gebracht werden mussten zu kollaborieren, aber letzten Endes auch in eigener Verantwortung gehandelt haben.

Es gibt die schöne Darstellung von Jean-Paul Sartre über die Deutschen in Paris, in der er sehr gut den Horror deutscher Besatzung herausarbeitet – Terror, Nacht- und Nebel-Erlass usw. –, aber andererseits auch die völlige Naivität des gemeinen deutschen Soldaten, der durch Paris läuft, Limonade schlürft, nichts mitkriegt und sich ausgesucht höflich gegenüber der Zivilbevölkerung benimmt.



Es gibt nicht nur von Jean-Paul Sartre, sondern auch von vielen anderen ähnliche Darstellungen. Wenn von der Ausstellungskonzeption her der Besatzungsalltag zur universellen Gewalterfahrung stilisiert werden soll, dann geht das an den etwas komplexeren tatsächlichen Ereignissen vorbei.

Das hat meines Erachtens dazu beigetragen, dass diese Gedenkkultur, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten hatten, bei den Jüngeren nicht mehr so wahnsinnig erfolgreich ist. Es wird beklagt, dass 50 Prozent der vor zwei, drei Jahren Befragten einen Schlussstrich wollten. Ja, das ist nicht nur in Deutschland so, und es widerspricht natürlich der Behauptung in der Ausstellungskonzeption, dass die deutsche Besatzerfahrung von vor 80 Jahren für die europäischen Gesellschaften heute noch stark konstitutiv wäre. Das ist einfach ein Satz, der so nicht stimmt. Das Kollektivbewusstsein hat 80 Jahre nach dem Krieg den Kalten Krieg, die sowjetrussische Besatzungszeit und 30 Jahre europäische Einigung hinter sich. Die Zahl der Jugendlichen bzw. der Anteil der Bevölkerung, der sich in seinem Geschichtsbewusstsein ausgerechnet an der deutschen Besatzungszeit orientiert, ist tatsächlich eher gering. Das wird wahrscheinlich auch so bleiben, Gedenkzentrum hin oder her. Wir reden hier sehr selbstreferenziell unter Historikern, unter Gedenkpolitikern, das wird unter vielen Aspekten die Bevölkerung nicht erreichen.

Vielleicht noch ein Aspekt zu Kollaboration und Kriegsereignissen, wenn ich das noch aufgreifen darf. Ich sehe hier die Uhr laufen, es sind noch fünf Minuten, die rede ich jetzt einfach mal.

**Abg. Dr. Marc Jongen (AfD):** Wenn Sie erlauben, würde ich gern Herrn Prof. Dr. Gross noch eine Frage stellen. Ich bedanke mich an dieser Stelle und würde gern Herrn Prof. Dr. Gross nach dem Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg, also mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine, fragen, der hier mehrfach hergestellt wurde. Sie hatten diesen Punkt auch erwähnt. Ich frage mich, in welcher Weise das geplante Zentrum auf Russland einwirken soll, um zu einem Umdenken zu führen. Welche Art von Zusammenhang wird hier hergestellt? Assoziativ ist das schnell nachzuvollziehen: Ja, es findet dort wieder ein Krieg statt in gleichen

Gegenden wie damals. Aber, was heißt das konkret als Lerneffekt für uns, für Russland? Können Sie das noch ein bisschen konkretisieren?

**SV Prof. Dr. Raphael Gross:** Ich glaube, dass Russland relativ erfolgreich darin war, übrigens auch in Deutschland, in Bezug auf die Geschichte des Zweiten Weltkriegs eine sehr starke Engführung der Sowjetunion und Russlands herzustellen. Gerade jetzt merken wir, während des Kriegs noch sehr verstärkt, dass dieses Bild korrekturbedürftig ist und ein großer Teil der Roten Armee der Sowjetunion aus Menschen aus der Ukraine, aus Belarus usw. bestanden hat. Insofern glaube ich, dass diese Wende in diesem Jahr in ganz Europa ein größeres Bewusstsein dafür schafft. Wie ich gesagt habe: Das Papier haben wir vorher fertiggestellt, es wurde so von der Bundesregierung verabschiedet.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Abg. Hacker das Wort, zwölf Minuten.

**Abg. Thomas Hacker (FDP):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Tönsmeier, meine Herren Sachverständige, es ist immer ein Dilemma, wenn man nach der AfD zu Wort kommt. Egal in welcher Reihenfolge wir im Ausschuss oder im Plenum das Prozedere absolvieren, die Rolle der FDP ist es immer, nach der AfD zu sprechen.

Herr Prof. Dr. Süß befand sich in demselben Dilemma: Sagt man etwas dazu, „verschwendet“ man die eigene Redezeit, oder lässt man die zuvor gemachten Aussagen einfach stehen. Normalerweise fällt es mir schwer, Herrn Abg. Dr. Jongen zuzuhören. Heute hätte ich mir gewünscht, er hätte noch etwas länger gesprochen, damit weniger Zeit für seinen Sachverständigen bleibt. Wir beschäftigen uns mit einem wichtigen Thema. Demokratie bedeutet, jeder erhält die gleiche Zeit, um zu reden. Gleichzeitig zeigt sich hier, wie wichtig es ist, das Wissen in unserer Gesellschaft zu verbreitern und die Menschen, nicht zuletzt in Deutschland, zu erreichen.

Frau Prof. Dr. Tönsmeier, Sie haben zusammengefasst: In den besetzten Ländern war das, was vorher normal war, plötzlich ganz anders.



Der Alltag wurde ganz anders, nicht nur für Tage und Wochen, sondern für Monate und Jahre. Hier ist für mich der Ansatzpunkt, wie man nicht nur den Verstand erreicht, nicht nur das Faktenwissen verbreitert und den Diskurs unter den Professoren anspricht, sondern wie man die Menschen erreichen kann. Wie können wir diesen Ansatzpunkt nutzen, um die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, aber darüber hinaus in ganz Europa zu erreichen und dabei vor allem die jungen Menschen anzusprechen? Darum geht es uns vor allem.

Ein zweiter Aspekt, den Sie genannt haben: Das Zentrum dient auch der Selbstaufklärung, unserer Selbstaufklärung in einer diverser werdenden Gesellschaft. Wie verändert die Zuwanderung unser Erinnern? Wie verändert das Zentrum hoffentlich das Erinnern in unserer Gesellschaft? Hätten wir eine andere Einstellung gegenüber der Unterstützung für die Ukraine, wenn wir das Zentrum schon hätten?

**SV Prof. Dr. Tatjana Tönsmeier:** Ich danke für die beiden Fragen, Herr Abg. Hacker, und würde gerne mit der zweiten Frage nach der Selbstaufklärung beginnen. Was wir beobachten können, und ich fasse differenzierte Befunde etwas vereinfacht zusammen, ist, dass gerade das Thema Nationalsozialismus in jüngeren Gruppen und in Gruppen, die stärker divers geprägt sind, sehr stark als ein deutsches Thema wahrgenommen wird. Ich kann das relativ gut beurteilen, weil ich an einer Universität arbeite, an der wir einen hohen Anteil von Menschen mit einem migrantischen Hintergrund haben. Diese Menschen spiegeln den Befund sehr deutlich: NS ist ein deutsches Thema. Darauf muss man reagieren. Es gibt keine Selbstverständlichkeit, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen vor dem Hintergrund: „Es ist nicht unser Thema, es ist euer Thema.“

Gerade über Dimensionen von Alltag ist das Thema Besatzung, Besetzte und Besatzer, die die Besetzung auslösen, sehr viel stärker zu integrieren in eine immer pluraler und diverser werdende Gesellschaft. Wenn wir über Besatzung und Krieg reden, haben wir viele Gruppen in der nicht „biodeutschen“ Gesellschaft, die diese Erfahrung sehr viel

näher kennen. Aus meiner Sicht sind es die Großväter, aus der Sicht meiner Tochter sind es die Urgroßväter, die im Krieg waren. Ich habe mit Flüchtlingen aus der Ukraine gesprochen, die gesagt haben, die Schule, die vermittelt habe, was deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg bedeutet habe, habe motiviert zu fliehen, um nicht unter Besatzung leben zu müssen. Ja, hätten wir das Haus schon, wären solche Erfahrungen auch an eine Gesellschaft in der Bundesrepublik zu vermitteln gewesen. Menschen aus Syrien oder aus der Ukraine und Menschen, die die Erfahrungen aus den ehemaligen Jugoslawien-Kriegen mitbringen, sind noch einmal anders ansprechbar, weil sie Dinge kennen, die wir historisch darstellen wollen. Insofern verändert Zuwanderung Erinnerung und man muss spezifische Angebote schaffen. Gerade in der Alltagsdimension können wir Menschen auf diese Weise erreichen. Die Riesenchance besteht meiner Meinung nach darin, dass wir Selbstaufklärung über Vergangenheit plural realisieren können.

Ich hoffe, dass ich damit Ihre beiden Fragen zusammengefasst beantwortet habe.

**Abg. Thomas Hacker (FDP):** Frau Prof. Dr. Tönsmeier, Sie haben auch gesagt, dass sich die gesamteuropäische Perspektive durch die Fragestellungen verändert, die zum Beschluss für das Zentrum geführt haben, und in der Umsetzung relevant sind. Wie schaffen wir es, tatsächlich gesamteuropäisch zu erinnern? Wie binden wir andere Regionen, andere Gegenden, andere Länder mit ein, damit wir niemanden vergessen, damit wir aber auch ausgewogen in unserem Erinnern sind?

**SV Prof. Dr. Tatjana Tönsmeier:** Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben, um zu verdeutlichen, warum ich es so extrem wichtig finde, dass wir nicht nur osteuropäisch – wenn auch in besonderer Weise osteuropäisch –, sondern auch nord-, süd- und westeuropäisch erinnern. Es gibt in vielen Ländern Europas bei den Kolleginnen und Kollegen die Vorstellung, dass man sich A) in Deutschland vor allem mit sich selbst beschäftigt, das ist die Nabelschau, und dass man sich B), wenn man sich nicht mit sich selbst beschäftigt, dann mit Osteuropa beschäftigt. Ich habe über lange Jahre ein großes internationales Forschungsprojekt geleitet, in dem





Kolleginnen und Kollegen aus all diesen Ländern beteiligt waren, die ehemals deutsch besetzt waren. Daraus sind unter anderem zwei dicke Quellenbände entstanden. Als wir dieses Netzwerk aufgebaut haben, ist überall in Westeuropa immer das gleiche gesagt worden: „Endlich kümmert ihr euch nicht mehr um euch selbst, endlich merkt ihr, dass es Leiden nicht nur in Osteuropa gegeben hat.“ Aus dieser sehr praktischen Erfahrung heraus habe ich argumentiert, dass das Erinnern gesamteuropäisch angelegt sein muss.

Natürlich ist eine osteuropäische Verfolgungserfahrung eine besondere, aber sie ist nicht die einzige.

Vielleicht etwas anders als viele meiner hier versammelten Kollegen glaube ich, dass sich zu den Verbrechenskomplexen, die das Haus benannt hat, immer eine europäische Geschichte erzählen lässt. Man kann diese Geschichte west-, ost-, nord-, südeuropäisch differenzieren, übrigens auch jüdisch. Darüber haben wir bis jetzt wenig gesprochen.

Auch über Zwangsarbeit haben wir wenig geredet. Zwangsarbeit ist einer der zentralen Punkte, den das Haus zeigen wird. Es wird sicherlich deutsche Rahmenbedingungen von Zwangsarbeit zeigen müssen, daran führt kein Weg vorbei. Dann haben wir die Seite der Besatzer erfasst.

Damit ist Ihre Frage, Herr Abg. Hacker, berührt: Wie thematisieren wir ausgewogen? Wir können ausgewogen thematisieren, indem wir Beispiele nutzen, das ist der erste Punkt. So lässt sich für Belarus zeigen, dass alle Menschen im Alter von über 16 Jahren kategorisiert wurden, und zwar in vier verschiedene Gruppen. In diesen Gruppen hatten sie Zwangsarbeit zu leisten. Oder sie waren so alt, dass sie nicht mehr in diese Gruppen kategorisiert wurden. Die Situation in Belarus war also anders als in Frankreich. In Frankreich, das in hohem Maß für die deutsche Rüstungswirtschaft liefern musste, brach der normale Arbeitsmarkt fasst zusammen, weil so viel Material ins Reich abtransportiert wurde. Das heißt, es gibt große Bereiche, die nicht mehr bedient werden. Das gilt auch für das Protektorat (heute Tschechien) und für andere Gebiete. Das muss man zeigen.

Deshalb habe ich versucht zu argumentieren, dass dem Haus eine enge Anbindung an Wissenschaft guttut. Viele dieser Themen sind nämlich noch nicht erforscht. Wir haben wirklich Lücken. Wir haben extrem viel Forschung zu der NS-Seite von Besatzung, aber wir haben nicht extrem viel Forschung zu der nicht deutschen Seite. Das ist eine Illusion, es tut mir leid. Das Haus wird diese Anbindung an Forschung brauchen, nicht in dem Sinne, dass es selbst unbedingt diese Forschung erledigen soll, aber es wird die Anbindung brauchen, um ausgewogen thematisieren zu können, wie zum Beispiel Zwangsarbeit sich in Belarus anders als in Frankreich, als in Norwegen, als im damaligen Protektorat auswirkte. Das ist wirklich wichtig.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. Für die Fraktion DIE LINKE., Frau Abg. Dr. Sitte, bitte. Auch Sie haben zwölf Minuten.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.): Zunächst will ich mich meiner Kollegin von der CDU/CSU und meinem Kollegen von der FDP anschließen. Wir reden heute über die Möglichkeit, wie deutsche Geschichte in diesem Dokumentationszentrum sachgerecht aufgearbeitet und präsentiert werden kann, um gesellschaftliche Lernprozesse in den nachfolgenden Generationen auszulösen in der Spiegelung dessen, was in europäischen Ländern passiert ist. Da finde ich es schon einigermaßen unverschämt und dreist, dass die AfD jemanden benennt, der diese Geschichte bekanntermaßen relativierend betrachtet, der Verantwortung anderen Ländern zuschiebt, der von einem Präventionskrieg Deutschlands gegen die Sowjetunion spricht, damit auch aktuelle Parallelen zieht oder der polnischen Gesellschaft Verantwortung zuschiebt. Dabei würde mich interessieren, wie Sie das mit den Kollegen von der PiS (polnische Partei Recht und Gerechtigkeit) diskutieren. Es geht Ihnen nicht darum, das Dokumentationszentrum zu qualifizieren, sondern das Zentrum zu instrumentalisieren, um diesen Relativierungen nachzukommen.

Ein Punkt, der in fast jeder Stellungnahme der Sachverständigen enthalten war, ist mir sehr wichtig. Es handelte sich um einen Raub- und Vernichtungskrieg, der rassenpolitisch grundiert



war. Es gab von Anfang an ökonomische Herrschaftsziele der Nazis. Ich komme aus Halle, da war vor einigen Jahren die Ausstellung zum Generalplan Ost zu sehen. In diese Ausstellung war unter anderem die Komponente aufgenommen, dass es gar nicht der Machtübernahme der Nazis bedurfte, um deutsche Wissenschaftler an Konzepten teilhaben bzw. aktiv wirken zu lassen, wie später andere Länder ausgeraubt werden könnten, insbesondere mit Blick auf agrarwissenschaftliche Volk-ohne-Raum-Überlegungen.

Deshalb ist mir so wichtig, dass wir an dieser Stelle noch einmal nachfragen. Herr Dr. Süß, müssten sich die ökonomischen Kriegsinteressen Deutschlands nicht stärker in diesem Konzept spiegeln? Es wurde in den Planungen Nazideutschlands ein europäischer Großwirtschaftsraum gedacht, der im Dokumentationszentrum neben den Profiteuren und Mitplanern dargestellt werden sollte. Deshalb war ich irritiert, dass so etwas wie der Generalplan Ost im Konzept nicht auftaucht. Dabei geht es ja auch um eine ideologische und materielle Dimension.

**SV PD. Dr. Winfried Süß:** Frau Abg. Dr. Sitte, vielen Dank für die Frage. Ich werde einen Punkt vorweg ansprechen. Tatsächlich sind die ökonomischen Kriegsziele relativ gut aufgearbeitet. Forscherinnen und Forscher aus der DDR – zum Beispiel Dietrich Eichholtz – haben dazu Wesentliches geleistet. Die ökonomischen Kriegsziele sind eine wichtige Brücke. Sie sind im Hinblick auf die Großindustrie nicht genuin nationalsozialistisch. Die alten Eliten sind an dieser Stelle aber sehr gut mit den Nationalsozialisten zusammengekommen. Die ökonomischen Kriegsziele spielen in Bezug auf die wirtschaftliche Inanspruchnahme der Industriekapazitäten Westeuropas eine Rolle. Da ist Frankreich sehr wichtig, wo sehr viel Zwangsarbeit innerhalb des Landes in französischen Betrieben für die deutsche Rüstungswirtschaft geleistet worden ist. Die ökonomischen Kriegsziele spielen aber auch in Bezug auf Osteuropa eine große Rolle, das als großes Reservoir der Ausbeutung von Humanressourcen, also von Menschen, und von Rohstoffen gesehen wurde. In Bezug auf Osteuropa spielte weniger die Industrie eine Rolle.

Man hat sich vorgestellt, dass das, was da war, weitgehend applaniert werden sollte. Osteuropa sollte als großgermanischer Siedlungsraum verwendet werden.

In diesem Punkt ist der Generalplan Ost tatsächlich sehr wichtig, deshalb war ich auch etwas verwundert, als ich feststellte, dass der Generalplan in diesem Konzept wenig präsent ist. Man kann am Generalplan Ost sehr gut sehen, wie nationalsozialistische Lebensraumideologie, wie rassistische Unwertvorstellungen, wie Ökonomie und Demografie ineinandergriffen. Der Generalplan Ost ist nicht nur Plan geblieben. Es gibt Teilgebiete wie die polnische Region Zamość, wo er durchaus umgesetzt worden ist – mit verheerenden Konsequenzen für die Bevölkerung dort.

**Abg. Dr. Petra Sitte (DIE LINKE.):** Den zweiten Schwerpunkt möchte ich auf die Dimension des Vernichtungskriegs setzen. Die Frage richtet sich an Herrn Prof. Dr. Lehnstaedt und Herrn Prof. Dr. Aust. Der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg wurde im Realisierungsvorschlag, wie ich finde, nicht angemessen aufgenommen. Sie haben in Ihrer Stellungnahme, Herr Prof. Dr. Aust, geschrieben, „die Spezifika des deutschen Vernichtungskriegs im östlichen Europa, wie sie im Beschluss des Deutschen Bundestages vom 9. Oktober 2020 (...) dargelegt sind, treten im Realisierungsvorschlag zu stark in den Hintergrund“. So ähnlich äußert sich Herr Prof. Dr. Lehnstaedt in seinem Beitrag in der *taz*. Sollte also der Vernichtungskrieg, sollte die spezifische Rolle der Wehrmacht nicht stärker im Konzept verankert werden? Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Wehrmachtsausstellung in der Bundesrepublik Deutschland, als die Gesellschaft die Wehrmacht plötzlich politisch anders wahrgenommen und deren Verantwortung anders eingeordnet hat.

**SV Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt:** Ja, ich glaube, dass man die Wehrmacht stärker im Konzept verankern sollte. Die Wehrmacht ist ein gesamtgesellschaftlicher Akteur. Wir sprechen über bald 17 Millionen Menschen, vor allem Männer, die im Heer dienten. Dazu gehörte jede Menge Hilfspersonal.



Wir reden über eine Institution, die sich den ideologischen Zielen des Regimes verschrieben, sie sich zu eigen gemacht und sie umgesetzt hat. Man kann sehr interessant zeigen, wie Gewöhnungsprozesse stattfinden, wie Gewalt, wie Ideologie akzeptabel wird. Wir sehen in der Sowjetunion eine verbrecherische Organisation, und wir sehen einen Krieg, der von Anfang an mit dem Ziel geführt wird, Massenmord, Genozid zu begehen, das Land nicht nur zu besetzen, sondern gezielt zu vernichten. Das muss man herausarbeiten.

Dabei werden sich Unterschiede zeigen. Wir haben Unterschiede zwischen Ost und West, wir haben sie zwischen Nord und Süd. Wir haben auf dem Balkan teilweise auch so etwas wie einen Vernichtungskrieg. Das kann man gut herausarbeiten, wir wissen dazu sehr viel. Hinter dieses gesellschaftliche Wissen, das die Wehrmachtsausstellung gezeigt hat, sollten wir auch in der öffentlichen Vermittlung nicht zurücktreten.

**SV Prof. Dr. Martin Aust:** Vielen Dank für die Frage. Ich hatte bei der Lektüre des Konzeptpapiers und bei der Lektüre des Bundestagsbeschlusses aus dem Oktober 2020 in der Tat den Eindruck, dass es in dem Bundestagsbeschluss eine deutliche Sprache über den deutschen Vernichtungskrieg im östlichen Europa gibt. Ich finde, daran sollte das Projekt insgesamt anknüpfen.

Die Rolle der Wehrmacht ist eine wichtige erinnerungskulturelle gesellschaftliche Vermittlungsaufgabe, weil die Verantwortung für und die Schuld am Holocaust aus der Sicht der deutschen Bevölkerung häufig an die SS ausgelagert wird. Die Erzählung war dann, es habe einige wenige radikalisierte Menschen in der SS gegeben, die deutsche Gesellschaft in der Breite habe mit dieser Gewalt nichts zu tun gehabt. Sobald man den Blick auf die Gewalt der Wehrmacht richtet, so wie Herr Prof. Dr. Lehnstaedt dies eben angedeutet hat, spricht man über ein viel größeres Bevölkerungssegment und zeigt auch, wie weit die deutsche Gesellschaft in diese Gewalt mit einbezogen war und sie ausgeübt hat.

Zu dem Punkt Ost und West: Es geht einerseits darum, im Vergleich Spezifika herauszuarbeiten.

Man muss sich andererseits bei Gewaltpraktiken aber auch vor Augen führen, dass viele Einheiten der SS und der Wehrmacht, die an Orten in Westeuropa oder beispielsweise im Protektorat in Tschechien Massenverbrechen begangen haben, vorher an der Ostfront waren. Man muss aufpassen, dass man Ost und West nicht nur gegeneinanderstellt, sondern deutlich macht, welche Gewaltpraktiken im Osten zunächst praktiziert und von der Wehrmacht und der SS von dort dann nach Westen transportiert worden sind.

Ich möchte mich den Ausführungen von Frau Prof. Dr. Tönsmeier anschließen. Wenn man eine Formulierung wählt wie, „Massengewalt ist in den Ländern im östlichen Europa besonders gewesen, aber sie ist nicht einzig gewesen“, und man nimmt das Thementableau des Konzeptpapiers und stellt sich dann die Aufgabe, das jeweils in Norden, Süden, Westen und Osten auszudifferenzieren, dann ist dieses Projekt auf einem sehr guten Weg. Dann sind die Punkte berücksichtigt, die Sie in Ihrer Frage angesprochen haben.

**Abg. Dr. Petra Sitte (DIE LINKE.):** Meine letzte Frage geht an Claudia Roth zur Organisation als unselbstständige, quasi nachgeordnete Einrichtung. Das hatte vorhin schon die Kollegin aus der CDU/CSU angesprochen. Was motiviert Sie, das Dokumentationszentrum an das DHM anzubinden? Warum planen Sie keine eigene Bundesstiftung? Ich denke, dass das für die Dimension des Projekts geeigneter wäre.

**Staatsministerin Claudia Roth (BKM):** Es gibt die Idee einer Trägerschaft in einer Stiftungsstruktur. Es ist nicht so vorgesehen, wie es hier gesagt oder kritisiert wurde, dass das Zentrum dauerhaft ausschließlich am DHM angesiedelt wird. Die Anbindung an die Stiftung DHM jetzt ist aber ganz entscheidend wichtig für dieses Projekt wegen der Trägerschaft des Bundes. Es soll sehr viel breiter aufgestellt werden mit einem Kuratorium, das auch für die Stiftung des Dokumentationszentrums zuständig ist. Im Kuratorium kommen jeweils fünf Mitglieder aus der Bundesregierung, fünf Mitglieder aus dem Deutschen Bundestag und aus den Bundesländern zusammen. Das Zentrum ist mitnichten nur am DHM angesiedelt.



**Vorsitzende:** Vielen Dank. Jetzt ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an der Reihe. Herr Abg. Grundl, zwölf Minuten, bitte schön.

Abg. **Erhard Grundl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, vielen Dank, Frau Staatsministerin. Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Tönsmeyer, sehr geehrter Herr Dr. Süß, Herr Prof. Dr. Lehnstaedt, Herr Prof. Dr. Gross, Herr Dr. Borchard und Herr Prof. Dr. Aust, ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre bisherigen hochqualifizierten, engagierten und kritischen Ausführungen. Ich bedaure es sehr, dass Sie sich hier in einer Reihe mit der Geschichtsquacksalberei durch einen AfD-Politiker gestellt sehen, der uns als Sachverständiger untergejubelt wurde. Herr Dr. Borchard, Sie haben es gesagt, es geht nicht ohne Wissenschaft. Es wurde gerade deutlich, dass es sowohl ohne Wissenschaft als auch ohne Empathie gehen soll. Ich sage, nein, es geht nicht ohne Wissenschaft und nicht ohne Empathie. Wir wissen, dass die Situation durch die Ergebnisse der Bundestagswahl bedingt ist. Trotzdem bleibe ich dabei: Es ist eine Schande für diesen Ausschuss und eine Schande für den Deutschen Bundestag, dass in diesem Hohen Hause Geschichtsrevisionismus betrieben wird, deutsche Täterschaft relativiert wird und eine unerträgliche Täter-Opfer-Umkehr versucht wird. Wir werden uns ganz deutlich dagegen positionieren. Ich bin allen Kolleginnen und Kollegen dankbar, die sich bisher dazu geäußert haben.

Die erste Frage richte ich an Herrn Dr. Süß. Sie sprechen die Frage an, wie historisches Lernen funktionieren kann in durch Internationalität, durch Migration und das Internet geprägten Zielgruppen. Könnten Sie ausführen, wie das geschafft werden kann, wie das Dokumentationszentrum das aus Ihrer Sicht leisten kann?

**SV PD Dr. Winfried Süß:** Frau Prof. Dr. Tönsmeyer hat dazu schon einige sehr gute Überlegungen angestellt. Man macht, wenn man an unterschiedlichen Universitäten unterrichtet, an diesem Punkt tatsächlich gegensätzliche Erfahrungen. Wenn man an einer Universität unterrichtet, an der sehr viele Gaststudenten aus dem englischsprachigen Raum sind und dort in einem Semester keine Seminare zur Geschichte der NS-Herrschaft anbietet, gibt es

sofort die kritische Nachfrage: „Warum macht ihr das nicht? Gerade deswegen sind wir zum Studieren nach München oder nach Berlin gekommen.“ Wenn man hingegen in Kontexten mit einem sehr hohen Anteil an migrantischen Studierenden unterrichtet, sind bestimmte Selbstverständlichkeiten nicht gegeben, Selbstverständlichkeiten, die man mitbekommt, wenn man seinen Schulweg überwiegend an deutschen Schulen hinter sich gebracht hat. Übrigens sind migrantische Studierende sehr interessante Studierende, weil sie mit ganz anderen Erfahrungen in die Kurse an der Universität kommen.

Auf solche Unterschiede muss so ein Dokumentationsort und kann er sehr gut reagieren.

Zweiter sehr wichtiger Punkt: Man muss sich klar machen, dass man überwiegend Publika hat, die es nicht gewohnt sind, oft in Museen zu sein. Es geht um junge Menschen, deren Lebenswirklichkeit sich zu einem nicht unbeträchtlichen Teil in sozialen Medien abspielt. Das kann man gut finden oder schlecht, aber muss als Geschichtsvermittler/-in darauf reagieren. Dazu macht das Konzept, das das DHM erarbeitet hat, ein paar sehr gute Angebote und dazu gibt es international sehr geglückte Vorbilder. Das USHMM ist verschiedentlich direkt oder indirekt angesprochen worden. Es ist sehr gut aufgestellt bei Internetausstellungen, mit denen man natürlich eine viel größere Zahl von Rezipienten erreicht, als man es in einem Museum kann. Ein sehr gutes Internetangebot ersetzt die Darstellung an einem historischen Lernort in Präsenz nicht, aber es kann sie sehr sinnvoll ergänzen.

Es ist verschiedentlich die Frage angesprochen worden, ob hier nicht ein Lernort geschaffen wird, der schon vorhandene Kompetenzen – gerade in Berlin – doppelt und damit eigentlich überflüssig machen würde. Das sehe ich überhaupt nicht. Dieses Konkurrenzdenken finde ich vom Ansatz her falsch. Ich sehe das Zentrum eher als Ergänzung und Bereicherung. Ich habe mit verschiedenen Kolleginnen und Kollegen aus dem Gedenkstättenbereich über das Projekt gesprochen, als ich jetzt sehr kurzfristig angefragt worden bin, und ich hatte nicht den Eindruck, dass die sich durch so



ein Zentrum Zweiter Weltkrieg und Besatzungsherrschaft in irgendeiner Art und Weise bedrängt fühlen würden. Es war ja eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen eingebunden in die Vorbereitungen.

Das Gleiche gilt für das Fellowship-Programm, einer, wie ich finde, besten Idee. Damit erreicht man nämlich zwei Dinge: Man holt externe Expertise in das Dokumentationszentrum, die man nicht dauerhaft vorhalten kann und manchmal auch nicht dauerhaft vorhalten muss. Und man schafft eine Vernetzung, die andere Perspektiven auf das Thema herstellt. Diese Pluralität von Perspektiven finde ich als Instrument von Vermittlung der Geschichte einen ganz zentralen Punkt. Da kann das Fellowship-Programm Gutes leisten. Ich würde überlegen, ob man nicht eines der geplanten Fellowships von vornherein reserviert, nicht für Forscherkolleginnen und -kollegen, sondern für Experten der Geschichtsvermittlung. So etwas gibt es nämlich in Deutschland meines Wissens überhaupt nicht. Das wäre ein wichtiger Punkt.

**Abg. Erhard Grundl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Dr. Süß. Die Frage zu den Themenkomplexen Wissenschaftsdialog und Fellowship-Programme reiche ich weiter an Herrn Prof. Dr. Gross. Es gab von Herrn Prof. Dr. Lehnstaedt durchaus kritische Anmerkungen dazu. Wie sehen Sie das?

**SV Prof. Dr. Raphael Gross:** Vielen Dank, Herr Abg. Grundl. Ich sehe es wie Herr Dr. Süß, darum haben wir es auch so ins Konzept geschrieben. Es ist eine Möglichkeit für so ein Zentrum, sich Expertise zu holen, aktiv dabei zu sein und zu definieren, zu welchem Thema man Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus ganz Europa haben will. Ich nehme gerne die Idee der Geschichtsvermittler hinzu, denn es ist tatsächlich ein wichtiger Punkt, sich zu überlegen, in welchem Bereich sie angesiedelt sein sollten, ob es sich dabei immer um Zeit-historiker handeln muss oder ob interdisziplinär Arbeitende herangezogen werden können. Das ist eine gute Ergänzung.

Uns war es wichtig, mit den fast 30 heutigen Nationalstaaten, Ethnien usw. ins Gespräch zu

kommen, ohne dass es uns von außen vorgegeben wird. Wenn wir alle Botschaften dieser Länder abfragen würden, ob sie uns jemanden empfehlen möchten, dann hätten wir ein politisches Gremium, mit dem sich – das dürfte jedem klar sein – nicht leicht arbeiten ließe. Wenn wir aber umgekehrt den Weg gehen und uns überlegen, welche Themen, welche Forscherin, welcher Forscher uns interessieren, haben wir die Möglichkeit, zu öffnen und Leute zusammenzubringen, die in ihren eigenen Ländern vielleicht nicht zusammenarbeiten könnten, weil es dort schwierig ist. So einen Ort zu schaffen ist die Idee.

Ich gebe Herrn Prof. Dr. Lehnstaedt in einem Punkt recht: Ja, natürlich muss auch in diesen Ländern über Besatzung geforscht werden. Es gibt kein Entweder-oder. Aber man kann die Forschung auch nicht delegieren, indem man sagt, deshalb soll sie am Zentrum nicht stattfinden. Sie soll auch am Zentrum stattfinden, das ist eine wichtige Ergänzung, und Frau Prof. Dr. Tönsmeyers Arbeiten zeigen, wie viel noch zu tun ist. Insofern habe ich das Gefühl, die Kombination wäre wichtig und könnte von dem Zentrum auch geleistet werden.

**Abg. Erhard Grundl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank.

Ich habe noch eine Frage an Herrn Dr. Süß. Sie hatten in Ihrem Eingangsstatement die „Euthanasie“-Morde und die Ideologie der NS-Biopolitik erwähnt. Dazu ist meine Frage: Welche Bedeutung messen Sie der Aufarbeitung der Patientenmorde insgesamt als Teil der Erinnerungskultur bei, aber auch der Erforschung der Nachgeschichte? Welche Rolle kann das Dokumentationszentrum hier einnehmen?

**SV PD Dr. Winfried Süß:** Herr Abg. Grundl, vielen Dank. Da ich mich beruflich sehr oft mit den Krankenmorden beschäftige, können Sie sich vorstellen, dass ich diesem Thema eine sehr große Bedeutung beimesse. Man kann sehr viel über Gesellschaften lernen, wenn man sich den Umgang mit den jeweils Schwächsten anschaut. Oft waren gerade in den Besatzungsgesellschaften die geistig behinderten Menschen die allerschwächsten Teile dieser Gesellschaften. Das ist übrigens ein Bereich,



in dem wir immer noch vergleichsweise wenig wissen. Wir sind über deutsche Besatzungsverbrechen im Kern ganz gut informiert. Wenn man in der Yad Vashem-Datenbank das Stichwort „Verbrechen“ eingibt, findet man ungefähr 170.000 Einträge (Bücher, Aufsätze usw.) zu diesem Thema. Über die Patientenmorde in der besetzten Sowjetunion können wir aber im Augenblick nur ganz umrisshaft diskutieren. Es ist also ein Thema, das nach wie vor aktuell bleibt, sowohl in der Aufarbeitung der Verbrechen als auch in der Erinnerung daran.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. Dann sind wir mit dem großen Komplex der Fragen und Antworten fertig. Wir sind am Ende der Anhörung angekommen. Ich sage noch einmal herzlichen Dank an die Sachverständigen, die Bundesregierung, das Publikum, das interessiert im Saal und an den Bildschirmen sitzt. Vielen Dank für die Beiträge und für das Interesse am Thema.

Die Ergebnisse der Anhörung werden wir als Ausschuss auswerten. Wir werden uns im Ausschuss auf dieser Grundlage zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal mit dem Thema beschäftigen.

Die Konzeption ist ja noch in der Erarbeitung. Die gute Grundlage und viele gute Ergänzungen werden hoffentlich dazu führen, dass wir gemeinsam eine Superkonzeption erarbeiten werden, die von allen mitgetragen wird. Den Termin dafür kann ich Ihnen leider noch nicht nennen. Wir wissen, dass das Dokumentationszentrum ein wichtiges Thema und ein großes Anliegen sowohl des Bundestages als auch der Bundesregierung ist. Das gilt über Fraktionsgrenzen hinweg. Wir haben in der letzten Wahlperiode schon mit der Arbeit daran begonnen, sodass also auch keine Rolle spielt, wer sich in der Opposition oder in der Regierung befindet. Es ist uns ein gemeinsames Anliegen.

Herzlichen Dank. Ich wünsche Ihnen eine schöne Adventszeit. Hoffentlich haben Sie etwas Zeit und Ruhe in der vorweihnachtlichen, besinnlichen Zeit. Kommen Sie gut ins neue Jahr.

Vielen Dank. Ich schließe die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 13:20 Uhr

Katrin Budde, MdB  
Vorsitzende